

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 115

Aug./Sept./Okt. 2023



Das ist Kunst
und
kann weg

INHALT



Klimaschutzkonzept für den Landkreis	3
Interview mit Dr. Huber zu Klimaschutzkonzept	5
Grundwasser wird auch im LK Celle knapp	6
Abrissbirne über der CongressUnion?	7
Warum verkrautet die Aller so stark?	8
Breite Straße – Zahlen verheimlicht?	9
Solarparks in Stadt und Landkreis Celle	10
AfD, Nigge & CDU gegen Flüchtlingslager	12
Rat mehrheitlich gegen Bahn-Neubautrasse	13
Toilettengebühr / STRABS / Allerinsel	14
Nahverkehrsplan / Fahrradbrücke	15
Meldungen – fast backward	16
Laternengespräche: Gibt es keine Alternative?	18
Rheinmetall – Neues von der Werksfront	20
Neonazis – #stolzmonat gegen #pridemonth	21
Monopoly / Cellesche / AfD	22
Schlotter: Das ist Kunst und kann weg	23
Neues aus der Stadtbibliothek	24
Veranstaltungen zu Klima & Politik	25
Blues in Scharnhorst / Maliki World Orchestra	26
Kino achteinhalb	27
Kulturveranstaltungen	28

Liebe Lesende,

das Wichtigste gleich mal vorweg: wir haben im Internet eine neue Domain & zwar

www.revista-online.net

Vorher war's dot.info, jetzt also dot.net – gleichzeitig wollen wir die Webseite künftig eventuell mehr „bespielen“, als mehr oder weniger nur die Ausgaben zum Download bereitzustellen. Weil: Wir merken schon, dass der neue Dreimonats-Rhythmus manches im Heft schon sehr alt aussehen lässt. Also wird's (vielleicht) dann auch zwischen den Heften was geben. Die Frage ist noch, wie ihr das dann mitbekommt? Eventuell gibt's einen Newsletter (den findet ihr dann auf der Seite) & wir eröffnen dann auch noch einen INSTA-Kanal: [revista.celle](https://www.instagram.com/revista.celle).

Neben diesen Technix noch der Hinweis, dass sich unsere Kontonummer (siehe unten im Kasten) nicht geändert hat ;)

Für das Cover verworfen wurden a.) hässliche Wärmepumpen, b.) der Neubau der CongressUnion. Geschafft hat es Eberhard Schlotter's „Der arbeitslose Bruder des Metzgers“ (1986/87; Öl auf Leinwand – im Besitz der Eberhard Schlotter-Stiftung). Warum, erfahrt ihr auf Seite 23. Und aufmunternd fanden wir selbstverständlich auch das „por el cambio“ (Für den Wandel) an der Mauer.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 3166, 29221 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.net>
 erscheint im Februar, Mai, August und November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber auch gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE54 2695 1311 0108 0996 98, BIC: NOLADE21GFW

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG->Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Stadteilladen Neuenhäusen, Unterwegs, Morlock

Klimaschutzkonzept für den Landkreis

In seiner Sitzung vor der Sommerpause hat der Kreistag ein „Integriertes Klimaschutzkonzept“ beschlossen, versehen mit der Einschränkung „Für die eigenen Liegenschaften des Landkreises Celle“. Mit Ausnahme der drei AfD-Abgeordneten stimmten alle Fraktionen für das Konzept, was angesichts der hitzigen bundesweiten Diskussion um das Gebäudeenergiegesetz ein wichtiges Signal an die Bevölkerung darstellt.

Erarbeitet wurde es federführend durch den Klimaschutzmanager des Landkreises, Janek Schramm, der bei den Kapiteln zur Treibhausgasbilanz des Landkreises unterstützt wurde durch das hannoversche E4 Consult Ingenieurbüro.

Im Folgenden wollen wir die wesentlichen Maßnahmen des Konzepts vorstellen, die in der öffentlichen Berichterstattung praktisch nicht vorkamen.

Insgesamt werden fünf Handlungsfelder mit insgesamt 31 Maßnahmen beschrieben. Die Handlungsfelder sind (in Klammern die Zahl der Maßnahmen: Kreiseigene Liegenschaften (9), Erneuerbare Energien (4), Mobilität (8), Nachhaltige Verwaltung und Organisation (9), Wirtschaft und Privathaushalte (3).

„Die Maßnahmen fokussieren sich zum großen Teil auf den direkten Einflussbereich des Landkreis Celles. Da Klimaschutz jedoch eine umfassende und gesellschaftliche Herausforderung ist, wurden auch Maßnahmen aufgenommen, die nur im indirekten Einflussbereich des Landkreis Celle liegen. Der Maßnahmenkatalog stellt die Grundlage der Klimaschutzaktivitäten dar, kann zu der jetzigen Zeit allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Zukünftig wird er stetig überprüft, weiterentwickelt und angepasst werden.“

Kreiseigene Liegenschaften

Bis 2035 sollen die kreiseigenen Liegenschaften klimaneutral gemacht werden. Und dabei sind die Verwaltungsgebäude rund um Trift und Speicherstraße die kleinste „Baustelle“, es geht vor allem auch um alle Schulgebäude im Landkreis (mit Ausnahme der Grundschulen) und ihre Sporthallen. Wie das gehen soll, zeigen die fünf wichtigsten Maßnahmen:

Mit der **Einführung eines Energiemanagementsystems** soll der Energieverbrauch um bis zu 20-40 Prozent gesenkt und die Energieeffizienz gesteigert werden. Grundlage dafür ist die Erfassung und Auswertung der Verbräuche und Kosten von Wärme, Strom und Wasser, dargestellt in einem jährlichen Energiebericht. Auf dieser Grundlage sollen gezielt Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs ergriffen werden.

Bei dem **Ganzheitlichen Sanierungsfahrplan für**

Verwaltungsgebäude und Schulstandorte geht es um die energetische Bewertung aller Standorte mit dem Schwerpunkt der Gebäudehülle. Dies ist die Grundlage für die Erstellung eines Sanierungsfahrplans mit Bildung von Investitionspaketen und Prioritätensetzung für die Haushaltsplanung ab 2024.

Mit der **Umstellung der Wärmeversorgung der Liegenschaften auf erneuerbare Energien** wird das Ziel verfolgt, alle kreiseigenen Liegenschaften mittelfristig mit erneuerbaren Energien zu beheizen. Mit Ausnahme der Schulneubauten basiert die Wärmeversorgung derzeit zu großen Teilen auf Heizungsanlagen mit fossilem Erdgas. Langfristig muss auf eine objektbezogene optimale Lösung für regenerative Wärmeversorgung (Wärmepumpe, Solar- und Geothermie) umgestellt werden.

Mit der Installation von **PV-Anlagen auf eigenen Liegenschaften und Parkflächen** soll die Eigenstromversorgung erhöht werden. Hier handelt es sich um eine Fortschreibung, denn schon bis 2024 sind 15 Anlagen beauftragt oder in Planung.

Die **Vollständige Umstellung auf LED-Beleuchtung** zielt auf die Senkung des Energiebedarfs sowie Energiekosteneinsparung.



Im Juni konnte der LK fünf neue E-Autos in den Fuhrpark aufgenommen; im Laufe der Jahres werden drei weitere hinzukommen, jeweils gefördert mit 10.000 Euro durch die N-Bank. Kreisdezernent Thomas Buchhold (links) und Landrat Axel Flader bei der Presse-Präsentation.

Erneuerbare Energien

Um den Ausbau von erneuerbaren Energien im Kreisgebiet gezielt zu fördern, will die Kreisverwaltung die Vernetzung von kommunalen und privaten Akteuren ausbauen und als Schnittstelle für die Informationsbereitstellung und Beratung zu allgemeinen und lokalen Entwicklung agieren. In der Diskussion um das Gebäudeenergiegesetz ist – gerade noch rechtzeitig – die Bedeutung von Wärmenetzen mitgedacht worden.

So ist absolut positiv die **Erstellung eines kreisweiten Wärmenutzungsplans** hervorzuheben, obwohl es dazu keine gesetzliche Verpflichtung gibt. Die kommunale Wärmeplanung soll die Kommunen dabei unterstützen, Energiepotenziale im Bereich der Wärme zu erschließen. Die Erstellung von Wärmeplanung wird für die Gemeinden zwar mit bis zu 90 Prozent gefördert, doch da es an Personal fehlt, kann eine Koordination und Beratung durch die Kreisebene hier für Synergieeffekte und so für Beschleunigung sorgen.

Interessant ist die Idee des **Aufbaus eines kreiseigenen Energieparks** mit Windenergie und Freiflächen-PV. Die organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen dafür müssen allerdings noch gefunden werden.

Dann will der Kreis mit **Gründungsförderung für Bürgerenergie**, zunächst einmal durch Übernahme der Gründungsgebühren die Entstehung von Bürgerenergiegenossenschaften unterstützen.

Mobilität

Um die Mobilitätswende zu unterstützen, ist es notwendig, den Anteil des ÖPNV und des Radverkehrs zu stärken. Durch die ländliche Struktur im Landkreis Celle müssen bedarfsorientierte flexible Angebote entwickelt werden, um echte Alternativen zum motorisierten Individualverkehr anbieten zu können.

Im Zentrum steht dabei die **Stärkung des ÖPNV und nachhaltiger Mobilität**. Parallel zum Klimaschutzkonzept hat der Kreistag den Nahverkehrsplan fortgeschrieben, auf dessen Grundlage es eine Ausschreibung und zum April 2025 neue (oder den alten) Betreiber geben wird. Die Richtung ist klar: *„Um zukünftig die Nutzung des ÖPNVs im Landkreis Celle zu erhöhen, sollten die Rahmenbedingungen weiter verbessert werden. Um eine echte Alternative für den motorisierten Individualverkehr darzustellen, muss der Ausbau und die Optimierung der Bus-Taktung nach wirtschaftlichen Möglichkeiten vorangetrieben werden.“* Bis zum Jahr 2035 sollen 80 Prozent der Fahrzeuge „emissionsfrei“ als Elektrobusse betrieben werden.

Stärker als im Nahverkehrsplan wird ein **Landkreisweites Mobilitätsmanagement** für erforderlich gehalten. Für eine nachhaltige Mobilität muss der prozentuale Anteil des motorisierten Individualverkehrs sinken und sich auf klimagerechte Alternativen verteilen. Dazu bedarf es z.B. einer besseren Vernetzung von verschiedenen Verkehrsträgern und die reibungslose Verknüpfung von unterschiedlichen Verkehrsmitteln. Im Klimaschutzkonzept wird dazu die Erstellung eines Konzeptes für Mobilitätsstationen vorgeschlagen, um verschiedene Mobilitätsangebote wie Car-Sharing, ÖPNV, SPNV, E-Autos bzw. E-Fahrrädern sowie Radstationen in Einklang zu bringen.

In diesem Zusammenhang steht auch der **Ganzheitlicher klimagerechter Mobilitätsentwicklungsplan**, der über ein neu zu gründetes Mobilitätsamt innerhalb der

Kreisverwaltung Gestalt annehmen könnte.

Weitere Vorschläge wie **Reduzierung der Anfahrt mit Privat-Pkw bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen** oder **Umstellung der Dienstfahrzeuge auf elektrische Antriebe** sind einer Art betrieblichem Mobilitätsmanagement zuzuordnen.

Verwaltung und Organisation

Damit kommunaler Klimaschutz nicht länger als „nice to have“, sprich: nicht so wichtig, eingestuft wird, bedarf es einer strukturellen und strategischen Stärkung des Klimaschutzmanagements. Mit einer **Interkommunale Klimaschutzkoordination** können so die kreiseigenen Kommunen bei Aufgaben und Projekten im Bereich Klimaschutz und -anpassung unterstützt werden. Dazu gehören die **Einführung regelmäßiger Netzwerktreffen zwischen der Kreisverwaltung und Kommunen**. Selbstverständlich bedarf es dazu der **Verstetigung des Klimaschutzmanagements**, denn die Stelle des Klimaschutzmanagers ist im Rahmen einer Förderung bis zum Ende 2023 befristet.

Im weiteren geht es um die **Fortschreibung der Energie- und THG-Bilanz**, ein **Controlling der Klimaschutzmaßnahmen** und die **Erstellung eines ganzheitlichen Klimafolgenanpassungskonzept**. Letzteres dient dazu, sich auf die Folgen des nicht mehr vermeidbaren Klimawandels vor Ort vorzubereiten.

Wirtschaft und Privathaushalte

Hinsichtlich Wirtschaft und Privathaushalten kann Kommunalpolitik auf Kreisebene im Wesentlichen nur beratende Angebote machen. Im Konzept ist von proaktiver Kommunikation, Vernetzung und Beratung die Rede. Ob der **Aufbau Klimaschutzbereich für die Website des Landkreises Celle** da große Wirkung entfaltet, ist kaum zu beurteilen. Auch eine **Beratungsinitiative für Privathaushalte und für Unternehmen** wird vorhandene Angebote nur ergänzen können.

Nicht zu unterschätzen dürfte allerdings die unterschwellige Wirkung sein, wenn auf Kreisebene mit diesem Klimaschutzkonzept die Bedeutung des Themas deutlich an Gewicht gewinnt. Positiv ist hierbei hervorzuheben, dass Landrat Axel Flader (CDU) das Thema auf seiner Agenda ganz oben platziert hat. Auf der politischen Ebene, wenn es also darum geht, durch den Kreistag die notwendigen Haushaltsmittel bereitzustellen, ist das bedeutsam. Denn – wie sich zuletzt gezeigt hat: In der „Gruppe für Fortschritt“, die im Kreistag die Mehrheit bildet, ist die WG in Haushaltsfragen ein Wackelkandidat, so dass sowohl bei Personalaufstockungen wie bei Investitionen die Unterstützung durch die CDU erforderlich werden kann.

Der Nahverkehrsplan findet sich im Bürgerinformationssystem im „Kalender“ bei der Kreistagssitzung vom 28.06.2023 unter „Anlagen“.

Keine Frage der Moral, sondern eine der Vernunft

Michael Huber von der Celler Klimaplattform ist seit 2021 beratendes Mitglied im Kreistagsausschuss für Mobilität, Gebäudewirtschaft und Klimaschutz. Mit ihm sprachen wir über seine Einschätzung zum „Integrierten Klimaschutzkonzept“ des Landkreises.

??: *Du hast dich im Ausschuss und in der Öffentlichkeit sehr positiv zum Integrierten Klimaschutzkonzept des Landkreises Celle geäußert? Was würdest du dabei hervorheben wollen?*

!!: Ich kenne ja über Scientists for Future die Klimaschutzpläne vieler deutscher Kommunen von Potsdam über Lübeck und Düsseldorf bis hin zu Friedrichsdorf. Deshalb kann ich sagen, der LK Celle hat, zumindest was die eigenen Liegenschaften betrifft, ein beispielhaft lückenloses und stimmiges Konzept vorgelegt. Darüber hinaus hat er mit der Anlage als „integriertes“ Konzept auch schon gute Vorarbeiten für die Klimaschutzpläne in allen Kommunen des LK geleistet.

??: *Eigentlich ist der Landkreis ja nur verpflichtet, sich um die eigenen Liegenschaften zu kümmern ...*

!!: Ja, indem der LK sozusagen eigeninitiativ eine Beratungs- und Koordinationsfunktion für alle Kommunen übernimmt und eine gemeinsame Wärmeplanung für den gesamten Landkreis übernimmt, wird er zu einem Vorreiter in Sachen Klimaschutz sogar deutschlandweit.

??: *Bei der Umsetzung ist ja viel abhängig vom Willen von Politik und Verwaltung. Was ist da dein Eindruck?*

!!: In Sachen Klimaschutz legte die LK Verwaltung ab Beginn dieser Wahlperiode von sich aus wohl begründete Vorlagen vor, die jedoch nicht in Stein gemeißelt waren und offen diskutiert werden konnten. Kritik und Anregungen wurden durchweg positiv aufgenommen. In der Verwaltung, ob Bau oder Verkehr, sitzen offenbar viele in Sachen Klimaschutz engagierte Mitarbeiter:innen, denen der Landrat Flader mit seiner dafür neugeschaffenen Stabsstelle auch tüchtig Rückenwind verschafft. Auf Basis der Offenheit und Transparenz der Verwaltung verliefen auch die Diskussionen der Vorlagen und Anträge zwischen den verschiedenen Parteien und Gruppierungen äußerst sachlich und orientierten sich an dem gemeinsam anerkannten Ziel einer Energiewende.

??: *Hinsichtlich der Erneuerbaren Energien im Landkreis hast du allerdings einige kritische Anmerkungen. Worum geht es da im Kern?*

!!: Ich denke, dass noch nicht von Allen erkannt ist, dass wir in den nächsten 10 bis 15 Jahren die Erzeugung von Biogas, die ja noch einen hohen Anteil an der Stromversorgung im LK hat, zurückfahren müssen. Auch wenn das Schadholz derzeit darüber hinwegtäuscht, das Brenn-

holz wird langfristig knapp werden. Der Großteil der im LK verheizten Hackschnitzel und Pellets kommt meines Wissens bereits jetzt nicht mehr aus lokalen Wäldern. Und was überhaupt noch nicht geklärt ist: Wer übernimmt den Aufbau von CO₂-freien Wärmenetzen und den Ausbau der Stromnetze, wenn der Erdgasverbrauch zurückgefahren wird, und wer investiert in die großen PV- und Windkraftanlagen. Werden sowohl die Bewohner:innen des LKs als auch die kommunalen Liegenschaften vom Ausbau der Erzeugung von grünem Strom im LK profitieren oder nur ein paar große Konzerne?

??: *Das Konzept basiert ja auf einer Treibhausgasbilanz und Potenzialanalyse. Das ist ja einerseits ernüchternd, insoweit das Pariser Klimaziel – heruntergebrochen auf den Landkreis – nicht erreicht werden kann, aber immerhin eine Klimaneutralität bis 2045 für möglich gehalten wird. Wo hat der Landkreis da eigentlich seine „Stärken“ und wo seine „Schwächen“?*

!!: Positiv ist, dass der LK Celle - trotz Einschränkungen bei der Windkraft durch die Bundeswehr - mit PV- und Windkraftanlagen nicht nur das Potenzial zur Abdeckung des Eigenbedarfs hat, sondern auch noch einen Beitrag zur Versorgung der Ballungsgebiete liefern kann. Bei der Verkehrswende zeigt z.B. der



neue Nahverkehrsplan gute strategische Ansätze. Doch angesichts ungeklärter Finanzierung, drohen Verbesserungen an einer Stelle zur Verschlechterung an anderer Stelle zu werden. Und auch die Landwirtschaft im LK hat angesichts der Auswirkungen des Klimawandels und den Erfordernissen des Klimaschutzes noch eine extreme Umstellung vor sich, die noch kaum einer offen zu diskutieren wagt.

??: *Wie schätzt du eigentlich die Rolle ein, die eine Kreisverwaltung in der Transformation spielen kann? 71 % der Fossilen stecken in Privathaushalten und Mobilität, wo der Einfluss von Kommunalpolitik ja begrenzt ist.*

!!: Klimaschutz ist keine Frage der Moral, sondern der Vernunft, deshalb muss der LK in diesem Sinne kein „Vorbild“ sein. Wenn der LK und die einzelnen Kommunen mit ihren Liegenschaften vorangehen, dann weil sie den sich aus dem Klimawandel ergebenden Notwendigkeiten folgen. Erfolgreich umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen des LKs werden dann auch von Privathaushalten, Handel und Gewerbe übernommen werden. In meiner Einschätzung kann der LK also durchaus zum „Wegebahner“ beim Klimaschutz werden.

Grundwasser wird auch im Landkreis Celle knapp

Der Klimawandel bedeutet für Niedersachsen zweierlei, eine leicht steigende Jahresniederschlagsmenge bei gleichzeitig zunehmenden Hitze- und Dürreperioden. Folge ist, dass bei Niederschlägen das meiste Wasser oberflächlich abfließt oder verdunstet und nur noch sehr wenig versickert, so dass die Grundwasserneubildung sowohl in Niedersachsen speziell aber auch in der Lüneburger Heide und im LK seit Anfang 2000-er Jahre dramatisch abgenommen hat. Da gleichzeitig aber die Grundwasserentnahme für die Versorgung der Privathaushalte für Industrie und Gewerbe ungefähr gleich blieb, der Grundwasserverbrauch für die Feldberegnung aber zunahm, ist es inzwischen zu einen besorgniserregenden Grundwasserabbau gekommen. Während dies bis vor Kurzem von LBEG und NLWKN mit unrealistische 30-Jahresdurchschnitten noch schön gerechnet wurde, wird das Problem inzwischen einhellig anerkannt.

Der Experte Dr. Michael Huber, der als beratendes Mitglied in den Klimaschutz Ausschüssen von Stadtrat und Kreistag sitzt, stellte bei einem Podiumsgespräch der BI Südheide am 7. Juni in Hermannsburg die kritische Situation dar und präsentierte auch aktuelle Zahlen. Darauf stellte Annemarie Kowalski-Miemert (B'90/Die Grünen), Klimabündnis, zwei Anfragen zum Wasserverbrauch an die Kreisverwaltung die diese Zahlen bestätigten: Praktisch 100% des Wasserverbrauchs im LK werden durch Grundwasser gedeckt. In den vergangenen 10 Jahren wurden im Schnitt für die Feldberegnung 17,3 Mio. m³/a aus dem Grundwasser entnommen, für die Industrie 2,5 Mio. m³/a, für das Gewerbe 0,97 Mio. m³/a und für die privaten Haushalte 5,3 Mio. m³/a. D.h. mit fast 70% verbraucht die Landwirtschaft mehr als 3-mal so viel wie Haushalt und Gewerbe und mehr als doppelt so viel wie Haushalte und Industrie zusammen.

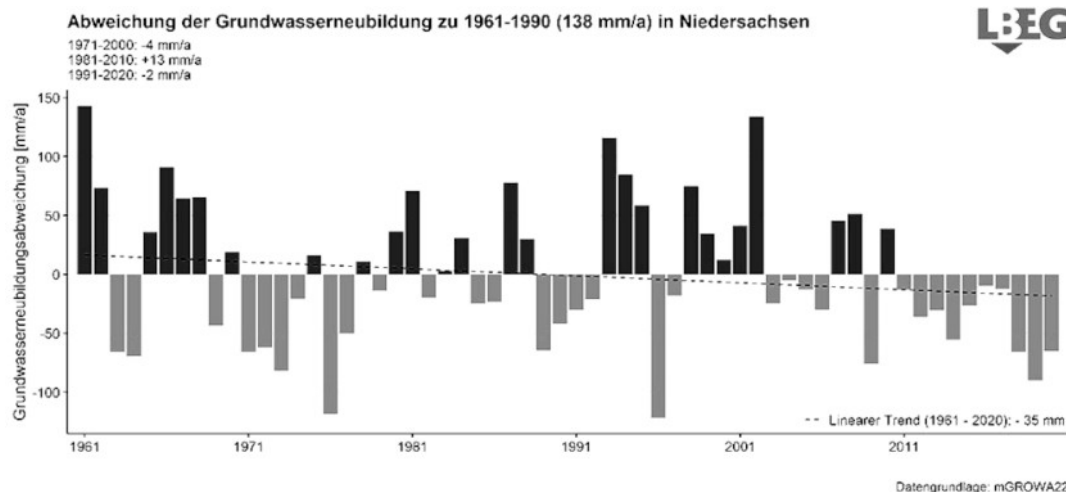
Auf www.grundwasserstandonline.nlwkn.niedersachsen.de kann man den aktuellen Stand des Grundwassers, anhand von drei „exemplarischen“ Messstellen verfolgen. "Höfer" steht derzeit auf "sehr niedrig", Diesten auf "niedrig" und Eicklingen auf "normal". Genauere Werte von

mehr als 30 Kontrollbrunnen im LK findet man auf https://www.umweltkarten-niedersachsen.de/Umweltkarten/?topic=Hydrologie&lang=de&bgLayer=Topographie-Grau&layers=Grundwasserstandsmessstellen&layers_opacity=0.15&E=554000.00&N=5842000.00&zoom=5. Die stehen trotz nassem Winter mit 133% Niederschlagsplus fast alle auf „sehr niedrig“, „extrem niedrig“ oder „nicht messbar“.

Als erste Reaktion auf diesen Grundwassernotstand haben bereits etliche Landkreise und Kommunen in Niedersachsen die Entnahme von Wasser eingeschränkt. In Gifhorn etwa darf Wasser aus Flüssen, Bächen und wasserführenden Gräben nicht mehr zum Bewässern und Gießen verwendet werden. In der Region Hannover dürfen ab 24 Grad Außentemperatur Gärten, Wiesen und andere Grünflächen nicht zwischen 11 und 18 Uhr gewässert werden. Der Landkreis Celle verzichtete auf eine Allgemeinverfügung, aber rief die Bürger:innen zum Wassersparen auf. So soll z.B. auf das Rasensprengen „möglichst verzichtet oder eine Bewässerung zumindest in die frühen Morgen- oder späten Abendstunden verlegt werden, denn in der großen Hitze verdunstet ein großer Teil des Wassers.“ Und: „Es sollte genau überlegt werden, ob der eigene Pool neu befüllt werden muss.“

Was müsste im LK über eine explizite Beschränkung des privaten Wasserverbrauchs für Pools und Rasensprengung hinaus getan werden? Die Industrie müsste ihr Grundwasser möglichst im Kreislauf führen oder das gereinigte Abwasser, statt es in die Flüsse abzuleiten, für die Feldberegnung oder zur Versickerung ins Grundwasser bereitstellen. Für die Landwirtschaft dürfte das Wasserkontingent für die Feldberegnung nicht ausgeweitet werden, sondern es müsste sukzessive eingeschränkt werden. Dazu kommen Umstellung bei den Bewässerungsmethoden, Umstellung bei den Anbaumethoden, Umstellung bei den Feldfrüchten und Umbau Richtung Agroforst-Systeme. Im Bereich des allgemeinen Wassermanagement müssen Wasserrückhaltesystemen aufgebaut werden. Auch Sickerteiche oder Sickerbrunnen,

zur Auffüllung des Grundwassers mit Starkregenwasser, wären eine Lösung, die allerdings ein von Pestiziden und Düngemitteln gereinigtes Wasser voraussetzt. Mit einer zusätzlichen Reinigungsstufe könnte dazu oder auch zur Feldberegnung der Abfluss aus Kläranlagen genutzt wird.



Abrissbirne über der CongressUnion?

Dass es sich bei der CongressUnion um ein Millionengrab handelt, ist nicht neu. In großen Teilen von Verwaltung, Rat und Öffentlichkeit wurde das Problem aber immer wieder kleingeredet. So ist jetzt schon überraschend, dass Oberbürgermeister Dr. Nigge einem „Weiter so“ eine klare Absage erteilt hat.

Was zu dieser Neubewertung entscheidend beigetragen hat, ist ein mittelfristiger Investitionsbedarf von bis zu 35 Millionen Euro. Die baulichen Sanierungen machen jeweils rund 10 Millionen Euro erforderlich für den Altbau, den Europasaal und den Neubau. Das jedenfalls ergab ein Gutachten durch das Hannoversche Büro Ertelt Laes Architekten. Energetische Sanierungen in Richtung Klimaneutralität sind dabei nicht im Blick.

Dazu kommt, und darauf hatte Oliver Müller für die Fraktion die Linke/BSG in den Jahren 2011-2021 penetrant hingewiesen, ein jährlicher Fehlbetrag von 2 bis 2,5 Millionen Euro (das Defizit des Parkhauses nicht eingerechnet). Das konnte man sich im Rathaus lange schönrechnen, weil die CongressUnion bis vor einigen Jahren als Steuervermeidungsmodell herhielt – vereinfacht gesagt wurden die auf die Dividenden der städtischen Avaccon-Aktien zu zahlenden Steuern mit den Verlusten der CongressUnion verrechnet. Doch da spielen die Finanzbehörden nicht mehr mit.

Und zudem ist ausgeschlossen, dass die CongressUnion in ihrem derzeitigen Betriebsmodell jemals in die schwarzen Zahlen kommt. Kongresszentren sind überall defizitär, für eine mittelgroße Stadt wie Celle gibt es zudem keinen hinreichenden Bedarf nach großen Sälen. Und eine überregionale Anziehung hat die CongressUnion auch nie entfalten können.

So stellt sich für Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit die Frage: Was von diesem verkorksten Projekt aus Zeiten von OB Biermann soll bleiben – und was kann weg?

Eins scheint klar: Nigge will den 30 Jahre alten „Neubau“ am Liebsten abreißen und so für einen Wohn/Geschäftsneubau freimachen, der dann immerhin schon – wie schön – eine Tiefgarage hätte.

Der „Europa-Saal“ in der alten Union wurde Anfang des Jahres stillgelegt (was uns gar nicht aufgefallen ist). Grund: Statik und Brandschutz im Dachraum könnten eine unkontrollierte Brandausbreitung begünstigen. Auch diesen Saal stellt die Verwaltungsspitze in Frage. Eine nennenswerte Nutzung sei nicht zu erkennen. Zudem seien Alternativen im Stadtgebiet vorhanden (z.B. CD-Kaserne, Stadtpalais, Schlosstheater, Rittersaal, Exerzierhalle). Und die CongressUnion sei kameralistisch eine „freiwillige Leistung“, also kein Bestandteil der Daseinsvorsorge.

Einzig „Thaers Wirtshaus“ (zumal im denkmalgeschützten Teil) scheint eine gesicherte Perspektive zu haben. Interessanterweise wird hier ein größerer Umsatz gemacht als im Kongress/Veranstaltungssektor, auch wenn die schönere Rendite aktuell keine Pächter:in locken würde.

Aber was mit all dem passiert, ist nicht nur eine Entscheidung des Stadtrats, sondern erstmal auch Lobby-Interessen ausgesetzt. Das größte Interesse an einer Weiterführung des gesamten Ladens hat selbstverständlich die Althoff Gruppe mit dem Fürstenhof: Dabei geht es nicht (nur) um die Management-Gebühr (300.00 Euro/a), sondern auch darum, Veranstaltungs- und Kongress-Gäs-



ten für Übernachtungen im eigenen Hotel zu gewinnen. Aus der übrigen Hotellerie hat es noch keine Wortmeldungen gegeben.

Auch wenn im November 1918 der Arbeiter- und Soldatenrat seine Versammlungen in der Union durchführte, ist das altherwürdige Gebäude doch vor allem ein Ort der Bürgerlichkeit – gewesen und geblieben. Doch – gibt's eigentlich noch den Juristen- oder CDU-Ball? Die Schützengesellschaften brauchen zweimal im Jahr einen großen Saal mit Gastro. Und die künftigen Leistungsträger:innen feiern bisher in der Union ihre Abiturbälle. Aber sonst? Wir werden sehen, ob und wie die alte Bürgerlichkeit um ihren Ort „kämpft“.

Für den Veranstaltungssektor hätte der Verlust der Großen Säle kaum eine Bedeutung. Ein eigenes Programm (und damit Gesicht) hat das Management seit langem nicht auf der Agenda; die Säle werden an Veranstalter:innen vermietet, die meinen, mit Heino in Celle die Hütte vollzubekommen.

Entscheidungen dürften noch vor dem nächsten Haushaltsberatungen fallen; der Betriebsführungsvertrag mit dem Fürstenhof läuft noch bis 2025.

Warum verkrautet die Aller so stark?

Die Verkrautung der Aller ist aufgrund der großen Einschränkung des Wassersports in Celle ein großes Diskussthema. Dabei wird viel über die Auswirkungen gesprochen, die Gründe der Verkrautung werden aber kaum aufgegriffen. Die Celler Klimaplattform möchte mit dieser Pressemitteilung dazu beitragen, die Gründe der Verkrautung zu verstehen.



Ungünstige Ausgangslage

Der Flusslauf der Aller ist stark durch menschliche Eingriffe überprägt, begradigt und der Flussquerschnitt ist vor allem in der Breite im Verhältnis zum geringen durchschnittlichen Abfluss deutlich überdimensioniert. Zudem wird die Aller durch das Wehr an der Ratsmühle aufgestaut. Diese Ausgangsvoraussetzungen haben gleich mehrere Folgen:

- Durch das Aufstauen wird die Fließgeschwindigkeit oberhalb des Wehres verringert, was dazu führt, dass Wasserpflanzen stärker wachsen können, weil nicht immer wieder Teile der Pflanze durch die Strömung abreißen.
- Durch die geringen Abflussmengen, besonders im Sommerhalbjahr, entsteht eine große Wasserfläche mit nur wenig Tiefe. Das führt dazu, dass sich das Wasser stärker erwärmen kann. Wasserpflanzen haben damit eine lange Vegetationsperiode.
- Das Wasser ist durch den sandigen Untergrund und die geringe Konzentration an feinen Sedimenten bzw. Schwebstoffen (Huminstoffen) sehr klar, was viel Licht bis zum Boden des Gewässers vordringen lässt.
- Der relativ lange, gerade Allerabschnitt oberhalb des Wehres hat keine unterschiedlich schnellen Fließzonen, wodurch die Verkrautung große Flächenanteile einnimmt.
- Durch die Breite des Flusses werden zusätzlich nur geringe Bereiche durch die ohnehin weniger stark ausgeprägte Ufervegetation verschattet, was die Erwärmung des Wassers weiter fördert.

Ökologische Faktoren

Durch die genannte Ausgangslage bietet die Aller im Bereich Celle wenig unterschiedliche Flusslebensräume. Be-

reiche unterschiedlicher Fließgeschwindigkeit und Tiefe sind nur gering ausgeprägt. Dadurch wird die Wasserflora durch den Einfachen Igelkolben dominiert, der an diese Bedingungen bestens angepasst ist und bis in etwa einem Meter Tiefe wachsen kann. Die Verbreitung erfolgt zusätzlich zum Aussamen durch ein kriechendes Rhizom, sodass die Verbreitung der mehrjährigen Pflanze selbst durch eine Mahd vor der Samenreife nur teilweise verhindert wird. Reißen Teile der Pflanze ab oder werden abgemäht, treibt der Einfache Igelkolben knapp über dem Gewässergrund wieder sehr schnell aus, sobald Licht die tief liegenden Pflanzenteile erreicht. Eine Mahd hat so nur einen sehr kurzfristigen Erfolg[1]. Phosphate bzw. Düngemiteleinträge aus der Landwirtschaft, zum Teil durch Drainagen eingeleitet, sowie die Einläufe aus Kläranlagen bieten ein Angebot zusätzlicher Nährstoffe, die das Wachstum von Wasserpflanzen und Algen weiter fördert.

Einflüsse des lokalen Klimawandels

- Durch die erhöhte Jahresmitteltemperatur und erhöhte Zahl an Sonnenscheinstunden herrschen über einen längeren Zeitraum günstige Wachstumsbedingungen für Wasserpflanzen.
- In längeren Trockenphasen kehrt sich der Zusammenhang zwischen Fluss und Grundwasserkörper um: Im Normalfall gibt der Fluss über sein Bett Wasser an seine Umgebung bzw. das Grundwasser ab und sorgt dadurch in seiner Umgebung für eine stabile Wasserversorgung. In Trockenphasen hingegen speist in einigen Bereichen Grundwasser einen Minimalpegel der Aller, was einerseits zwar verhindert, dass der Fluss austrocknet, andererseits aber den Grundwasserständen weiter zusetzt.
- Die niedrigen Pegel in Trockenphasen führen dazu, dass sich der Wasserkörper der Aller stärker erwärmt.

Insgesamt ist so festzustellen, dass die Verkrautung der Aller ein Ergebnis menschlicher Eingriffe ist: Direkt durch die ungünstige Gestaltung des Flussverlaufs und -querschnitts, indirekt durch die lokalen Auswirkungen des globalen Klimawandels.

Eine (regelmäßige) Mahd bekämpft damit nur kurzfristig die Symptome, hat aber einen großen schädlichen Einfluss auf die Habitate und Rückzugsmöglichkeiten der ohnehin artenarmen Fauna. Perspektive

Die Aller reagiert als Gesamtsystem auf veränderte Rahmenbedingungen. Da der Ausgangszustand unter diesen neuen Bedingungen nicht wieder hergestellt werden kann, müssen Nutzung und Methoden der Gewässerunterhaltung angepasst werden. Ob sich in Zeiten von langen Trockenphasen, sinkendem Grundwasserpegel, anhaltenden Niedrigwasserständen und hohen Temperaturen Verbesserungen erreichen lassen, ist fraglich.

Wolfram Steinmetz

Verwaltung arbeitet nicht mit Offenen Karten

Die Stadtverwaltung hat der Politik und Öffentlichkeit bezüglich der Breiten Straße Teile des Baumgutachtens vorenthalten. Ihre Behauptung belegte die Celler Klimaplatzform detailliert in einer Pressemitteilung vom 20. Juni. So sei die Entscheidungsgrundlage für die Sanierung des denkmalgeschützten Straßenzuges „*wissentlich in die Richtung des von der Stadtverwaltung angestrebten Ergebnisses verzerrt*“ worden. In den Fachausschüssen, im Ortsrat und im Rat seien mehrfach falsche Kalkulationen vorgelegt worden.

Die Stadtverwaltung wies die Vorwürfe von sich: „*Die von dem Gutachter aufgeführten Maßnahmen entstammen den geltenden Regelwerken, berücksichtigen jedoch nicht die bautechnischen Mehrkosten im Bereich Tief-, Leitungs- und Kanalbau, die durch den Baumerhalt entstehen werden.*“ Deshalb ergebe sich bei der aktuellen Planung mit dem Erhalt von nur zehn Bäumen ein Kostenvorteil gegenüber einer Variante mit dem Erhalt aller Bäume von rund 1.810.000 Euro.

Hier mal Auszüge aus der Recherche der Celler Klimaplatzform:

Als Ergebnis einer Anfrage nach dem Umweltinformationsgesetz an das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz erhielt die Celler Klimaplatzform einen bislang unbekanntes Anhang zum Baumgutachten für die Breite Straße.

Dieser Anhang ist niemandem in Öffentlichkeit und Politik bekannt, mit dem die Celler Klimaplatzform bislang gesprochen hat. Auch bei der Akteneinsicht der Klimaplatzform in das Baumgutachten bei der Stadtverwaltung in das Baumgutachten fehlte dieses Schriftstück. Im Anhang ist eine Kalkulation im Form konkreter Angebote enthalten, mit welchen Kosten für Schutz und Erhalt der bestehenden Linden in der Breiten Straßen bei deren Sanierung pro Baum zu rechnen wäre. Diese Kosten sind mit ca. 2.500 € pro zu erhaltendem Baum (brutto) erstaunlich niedrig – vor allem im Vergleich mit den Kosten für eine Neuanpflanzung. [...]

Bei 55 erhaltungswürdigen Bäumen ergibt sich so eine Summe von 137.500 €. [...] 137.500 € mögen viel erscheinen, jedoch wurde im Stadtrat (am 15.06.2022 von Herrn Hanssen) und im Ortsrat Neuenhäusen am 03.11.2022 berichtet, der Erhalt der Linden in der Breiten Straße koste alleine für die Kanalarbeiten insgesamt mindestens 1 Mio. €. Davon ist der genannte Betrag weit entfernt. Pro Baum gerechnet entspricht diese Summe dem Gegenwert von über 200 bis 300 Arbeitsstunden Handschachtung pro Baum, was in jedem Fall sehr hoch gegriffen scheint.

Wie stark die Stadtverwaltung die Zahlengrundlagen verzerrt, wird deutlich, wenn man den Kosten für den

Erhalt der Bäume die typischen Kosten für Neuanpflanzungen gegenüberstellt.

Städte kalkulieren für einen neu zu pflanzenden Baum mit Kosten von durchschnittlich (!) 4.700 € pro Baum. Darin enthalten sind die Vorbereitung des Standortes, hochwertige Jungbäume, Substrat, Verankerung, Bewässerungs- und Belüftungset, Gehwegangleichungen sowie die Fertigstellungs- und Entwicklungspflege. Nicht enthalten ist die von der Stadtverwaltung angestrebte Neuanlage der Allee nach „Schwammstadt“-Prinzip. Schon bei angenommenen Kosten von 4.700 € pro Baum kommt die Neuanlage der Allee mit 76 Bäumen auf ca. 357.000 €. [...]

Die Kosten für die Lösung „Kahlschlag und Neuanlage als Schwammstadtstraße“ werden demnach bewusst klein gerechnet, realistisch wären wohl mindestens die doppelten Kosten. Hingegen werden die Kosten für den Erhalt der Bäume mit „mindestens einer Million €“ bewusst hoch angegeben.

Damit wurde und wird die Entscheidungsgrundlage für die Sanierung der Breiten Straße grob in die Richtung des von der Stadtverwaltung angestrebten Ergebnisses verzerrt. Insgesamt sind bislang nur sehr grobe Kostenschätzungen bekannt geworden. [...]



Aktuell erwartet die Celler Klimaplatzform die Ergebnisse einer weiteren Fachaufsichtsbeschwerde von Februar 2023 aus Hannover. Sollte darin, wie von der Klimaplatzform vermutet, vom Ministerium gefordert werden, die gesamte Planung für die Sanierung der Breiten Straße neu aufzurollen, geht das nicht ohne eine valide und detaillierte Gegenüberstellung der Kosten für die verschiedenen denkbaren Varianten.

Die ganze PM gibt's hier: <https://celler-klimaplatzform.de/>

Solarparks im LK Celle - Goldgräberstimmung

Ja, sind denn schon alle Dächer und Parkplätze mit PV-Anlagen belegt? Fast hat es den Anschein, denn aktuell gibt es einen regelrechten Investitionsrausch in Sachen Flächen-Solaranlagen. Der Grund aber ist ein anderer: Die Investition in Solarparks wirft Renditen zwischen 4 und 8 % ab, die aus bis zu 30 % höheren Erträgen als bei Dachanlagen resultieren.

Im Kreis Celle gibt es bisher Freiflächenanlagen in Lachendorf, Bergen, Beedenbostel, Eschede und Hohne mit einer Gesamtleistung von elf Megawatt. In folgenden Gemeinden (alphabetisch) gibt es aktuell Planungen:

In **Ahnsbeck** soll ein Solarpark auf 41 Hektar entstehen.

Rund um das Umspannwerk in **Celle/Bostel** soll eine PV-Anlage auf einer Fläche über 20 Hektar gebaut werden, wobei auch Bürger:innen-Energiegenossenschaften Beteiligungsmöglichkeiten gegeben werden sollen.

Auf einer jetzt noch landwirtschaftlich genutzten Fläche von 20 Hektar in **Celle/Scheuen** soll – geplant von der Enerparc AG - eine Anlage für 20 Megawatt entstehen, die rechnerisch 4750 Haushalte versorgen könnte. „Das Projekt in Scheuen habe ein Investitionsvolumen von 13 bis 15 Millionen Euro. [...] 20 Hektar - das sind umgerechnet 28 Fußballfelder der länderspielkonformen Größe von 68 mal 105 Meter.“ (CZ, 06.05.2023) Bürger:innen sollen sich mit Beträgen zwischen 500 und 15.000 Euro beteiligen können, bei einer Verzinsung von bis zu 6 Prozent über sechs bis acht Jahre.

Die Hamburger „SZ Solarpark GmbH“ will ein 92 Hektar großes Projekt in **Hambühren** südlich der Landesstraße 310 realisieren. In Hambühren I haben sich Landwirte mit der Projektentwicklungsgesellschaft „MMR“ aus Altenstadt (Hessen) für ein 17 Hektar großes Gebiet zusammengetan.

Auf einem Areal neben dem Filmtierpark in **Höfer** ist die Realisierung eines etwa 80 Hektar großen Solarparks geplant, entwickelt von der „Epping Green Energy GmbH“ aus Hövelhof (Ostwestfalen).

Laut **Lachendorfs** Samtgemeindebürgermeisterin Britta Suderburg lägen Anträge für etwa 650 Hektar vor, was aber nicht realistisch sei. [...] Im Genehmigungsverfahren ist ein acht Hektar großer Solarpark am östlichen Rande des Lachendorfer Gewerbegebiets.

Auf dem Rheinmetall-Gelände am „Kahlenberg“ in **Unterlüß** soll auf einer teilweise sanierten und abgedeckten Deponie eine Anlage auf zehn Hektar mit bis zu zwölf 12 Megawatt entstehen.

Die „Securenergy Solutions AG“ (Berlin) plant auf 30 Hektar einen Solarpark südlich von **Wietze/Jeversen**, der mit 28 Megawatt Strom für 7800 Haushalte erzeugen könnte.

Dazu profitieren jene, die die Flächen verkaufen oder verpachten. Die Standortgemeinden können sich (wie bei Windparks) auf eine zusätzliche Einnahme von 0,2 Cent pro Kilowattstunde freuen: bei einem 20 Megawatt-Solarpark also auf rechnerisch bis zu 40.000 Euro. Und wenn's günstig läuft, kommt noch Gewerbesteuer dazu.

In Planung sind (siehe Kasten rechts) Anlagen mit gut 300 Megawatt. Eine Herausforderung wird das für die Celle-Uelzen Netz GmbH (CUN), die in Celle und Uelzen in den kommenden Jahren 500 bis 600 Millionen Euro in neue Stromleitungen und Umspannwerke investieren muss.

Kein Problem dürfte dagegen darstellen, dass das Niedersächsische Klimagesetz bis zum Jahr 2033 mindestens 0,47 % für Freiflächen-Photovoltaik in Bebauungsplänen der Gemeinden ausgewiesen sehen will. Auf den Landkreis Celle gesehen wären das gerade mal 730 ha; rechnerisch wäre die Hälfte davon schon in Planung.

Ausschlusskriterien müssen her

Im Ratsausschuss für Stadtentwicklung und Bauen stellte die Verwaltung Ende Juni einen Kriterienkatalog vor, anhand dessen die für Freiflächen-PV geeignetsten Flächen im Gebiet der Stadt Celle identifiziert und ungeeignete ausgeschlossen werden sollen.

Der 22 Punkte umfassende Katalog erfasst ‚harte‘ und ‚weiche‘ Ausschlusskriterien. Die harten Ausschlusskriterien sind z.B. Naturschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete (FFH-Gebiete), geschützte Landschaftsbestandteile, geschützte oder bedeutsame Biotope, Wald, historische Kulturlandschaft landesweiter Bedeutung, Landschafts- und Überschwemmungsgebiete.

Die weichen Ausschlusskriterien beziehen sich auf Flächen, die aus rechtlichen Gründen zwar zur Verfügung stehen könnten, deren Wertigkeit für Mensch und Natur jedoch so hoch eingeschätzt wird, dass auf eine Inanspruchnahme verzichtet werden sollte. Dazu gehören Flächen mit mindestens mittlerer Bodenfruchtbarkeit, Kompensationsflächen, Gebiete mit mindestens landesweiter Bedeutung für Brutvögel, geeignete Flächen für Kompensation aus dem Zielkonzept des Landschaftsrahmenplans, hohe und sehr hohe Bedeutung für Landschaftsbildeinheiten oder die Erholung.

Anhand aller Ausschlusskriterien präsentierte die Verwaltung eine Potenzialflächenkulisse, also mit jenen Flächen, auf denen künftig theoretisch PV-Anlagen errichtet werden könnten. Das erstaunliche Ergebnis: 1.266 Hektar. Das landesweite Ziel von 0,47 % der Fläche wäre schon bei 80 Hektar erreicht.

In einem zweiten Schritt soll diese „Kulisse“ jetzt weiteren Prüfungen unterzogen werden. Zusätzlich hat



die Verwaltung vorgeschlagen, dass die Planungen für Freiflächen-PV-Anlagen eine Größe von 5 ha nicht unterschreiten und 20 ha nicht überschreiten sollten. Begründung: Die Untergrenze soll verhindern, dass Bauleitplanverfahren angesprochen werden, die in keinem Verhältnis zum Planungsaufwand stehen. Die Obergrenze soll eine Verteilung der technischen Überplanung von Landschaft auf mehrere Standorte bewirken.

Das Ziel des Klimagesetzes wäre in der Stadt Celle also mit vier 20 Hektar-Anlagen erfüllt. Und so argumentiert die Verwaltung im weiteren: „Auch in Bereichen, die keine hohe Bedeutung für Landschaftsbild und Erholungsnutzung haben, bedeutet die Anlage von Freiflächen PV-Anlagen einen technischen Eingriff, denn auch diese Gebiete werden für die Erholung genutzt

oder liegen im Sichtbereich von Siedlungen. [...] Neben den fachlichen Kriterien ist Sorge dafür zu tragen, dass die Planungen durch die Bürgerinnen und Bürger sowie die politischen Gremien akzeptiert werden.“

Mit Hilfe der genannten Kriterien will die Verwaltung eine Rangfolge der eingehenden Anfragen zur Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen bilden, die maßgeblich sein soll für die Vorbereitung und Einleitung von Planverfahren.

Ob Solarparks eine ähnliche Gegnerschaft auslösen werden wie Windparks, wird sich zeigen. Für die Teile der Klimaschutzbewegung, die allein auf Technik vertrauen, könnten sie als ‚goldener‘ Weg erscheinen, damit sich sonst nichts ändern muss.

Aber wie viele, in welcher Form und auf welchen Flächen?

Abgesehen vom Strombedarf im Winter – wird während etwa acht Monaten im Jahr der PV-Strom in Kombination mit Windstrom einen wesentlichen Beitrag zur deutschen Stromversorgung leisten müssen. Aber dazu reichen Dachflächen allein nicht aus, sondern es müssen große Freiflächenanlagen zugebaut werden.

Im LK Celle decken derzeit Erneuerbare Energien (1% Wasserkraft, 7 % Photovoltaik, 32 % Windkraft, 39 % Biogas) rechnerisch ca. 70% des Strombedarfs ab. Allerdings ist Biogasstrom wg. seiner hochsubventionierten Gesteungskosten (25 Cent/kWh) und dem umwelt- und klimaschädlichen Maisanbau ein Auslaufmodell. Dazu kommt, dass grüner Strom mit ca. 95% zum praktisch alleinigen Energieträger werden muss. Selbst wenn der Energieverbrauch in Deutschland durch Einsparungen halbiert wird, muss die Stromerzeugung langfristig verdoppelt werden. Die von der Landesregierung durchschnittlich vorgesehene 0,47% an PV-Freiflächen werden in dichtbesiedelten oder landwirtschaftlich stark genutzten Räumen schwer umzusetzen sein. Deshalb ist es prinzipiell nicht falsch, wenn die 0,47 % Regelung im LK Celle überschritten würde. Ausbau von Freiflächen PV oder Dach-PV ist also kein „entweder - oder“ sondern ein „sowohl als auch“. So kann auch die vielgehörte Meinung „erstmal Dach-PV ausschöpfen, dann Freiflächen“, leicht zur Bremse einer zügigen Energiewende werden.

Doch welche Flächen wären dazu geeignet und wie müssen

ten die Freiflächenanlagen gestaltet werden? Ein PV-Freiflächenfeld erreicht pro Hektar den 34-fachen Energieertrag im Vergleich zu einem Maisfeld. Man kann natürlich darüber streiten, was das Landschaftsbild mehr verschandelt: Maismonokulturen oder trostlose PV-Felder? Doch werden die PV-Module auf ca. zwei m Höhe aufgeständert und in größeren Abständen gesetzt, können unter und zwischen ihnen Biotope mit hoher Artenvielfalt angelegt werden.

Der vor Ort erzeugte grüne Strom muss bevorzugt im Landkreis genutzt werden, und nur Überschüsse müssen und sollen über das öffentliche Stromnetz verteilt werden. Sinnvoll wäre, vor Ort erzeugte Überschussstrom auch lokal zu nutzen. Zum Beispiel zur lokalen Erzeugung von Wasserstoff, der dann gespeichert und bei Strommangel zur lokalen Wiederverstromung genutzt wird.

Die andere Seite sind die wirtschaftlichen Aspekte des PV-Freiflächen-Booms. Was nützt es den Privatleuten, aber auch dem Gewerbe im Landkreis, die zwischen 25 Cent/kWh und 50 Cent/kWh für den Strom bezahlen, wenn große Investoren mit Gesteungskosten von ca. 8 Cent/kWh ein gutes Geschäft machen? Die 0,2 Cent/kWh, die diese Investoren „großzügig“ an die Kommunen abgeben, sind nur ein Taschengeld gemessen an den ca. 8% Gewinn, den sie an ihre Aktionäre weitergeben. Wenn die Wertschöpfung weitestgehend im Landkreis verbleiben soll, müssen die Investitionen in den Ausbau von PV-Freiflächenanlagen Windkraft vorrangig von Bürgerenergiegenossenschaften und z.B. den Stadtwerken getätigt werden.

AfD, Nigge & CDU gegen Flüchtlingslager

Niedersachsenweit sollen Plätze für etwa 20.000 Flüchtende geschaffen werden, 15.000 feste Plätze, von wo aus die Geflüchteten in die Kommunen verteilt werden sowie 5.000 Plätze für Notfälle. Das Gelände für Übungsanlagen des Niedersächsischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz (NLBK) in Scheuen ist mit 500 Plätzen für den „Notfall“-Sektor im Gespräch.

Die Landesregierung teilte dazu mit: „Nach bisherigen Erkenntnissen wäre die Teilfläche grundsätzlich für die Errichtung von Leichtbauhallen geeignet. Diese würden nach den derzeitigen Überlegungen allerdings nur bei Bedarf als kurzfristig nutzbare Reservekapazitäten (gem. des neuen Konzeptes zur Kapazitäten-Planung der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) für max. 500 Personen) genutzt werden.“

Mitte Mai hatte die AfD-Ratsfraktion in einer Pressemitteilung verkündet, dass das Innenministerium in Scheuen die Unterbringung von bis zu 600 Geflüchteten plane, die bereits im Oktober dieses Jahres dort einziehen sollen. Und: „Diese Pläne zu Unterbringung der weiteren Asylsuchenden in Celle, lehnt die AfD – Stadtratsfraktion kategorisch ab!“

Oberbürgermeister Nigge (CDU) schloss sich in gewisser Weise an. Er wandte sich schriftlich an die zuständige Ministerin: „Ich ersuche Sie dringend, die Hilfsbereitschaft der Stadt Celle und ihrer Einwohner nicht überzustrapazieren und alternativen Standorten den Vorzug zu geben.“ Ihm sekundierte der Celler Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Alexander Wille: „Diese Planungen der Landesregierung können so nicht hingenommen werden.“

Die Argumentation war überall die gleiche: Die Stadt habe seit 2016 mehr als 4.300 Asylsuchende aufgenommen, damit seien die Grenze der Integrationsfähigkeit und die finanziellen Möglichkeiten überschritten.

Die „Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt“ im Stadtrat hielt dagegen. „Wieder einmal wird unnötig Panikmache betrieben. Was jüngst in der CZ von CDU und AfD zur Unterbringung von Geflüchteten geäußert wurde, ist an Populismus nicht zu übertreffen“, kommentiert Johanna Thomsen (B'90/Die Grünen). Von einer dauerhaften Unterbringung sei überhaupt nicht die Rede. „Dass hier ein Notfallplan torpediert wird, der es ermöglichen soll, Menschen aufzunehmen, die aus ihren Heimatländern wegen Krieg oder Verfolgung flüchten mussten, ist schlimm.“

So haben wir in zweierlei Hinsicht eine beachtenswerte Situation: Die AfD holt OB Nigge und die Celler CDU (geschickt) auf ihr flüchtlingsfeindliches Terrain und die flüchtlingsstolerante Seite „verteidigt“ die Einrichtung von Lagern. Was wäre die Alternative? Viel-

leicht „einfach“ die Städte und Gemeinden finanziell so auszustatten, dass sie immer ausreichend Plätze vorhalten können? Und wahrscheinlich – ohne dass das als Argument erhalten soll – wäre das sogar „kostengünstiger“ als die Einrichtung von Lagern.



Land in Sicht – Transition (LIST):

„Sterben im Mittelmeer nicht länger hinnehmen“

Einen Monat nach der tödlichsten Schiffskatastrophe in Europa in diesem Jahrtausend erinnerte die Initiative LIST Mitte Juli mit der „Plakatierung“ von Schaufenstern leerstehender Geschäfte in der Altstadt. Die Sprecherin der Initiative, Cornelia Döllermann-Nölting: „Am 14. Juni, vor einem Monat, wurde das Mittelmeer für wahrscheinlich über 600 Menschen zum Grab. Nur 104 überlebten das Unglück.“ Dabei habe die griechische Küstenwache die Menschen nicht nur durch Nichtstun sterben lassen, sondern sei mitverantwortlich für das Kentern des überfüllten Bootes.

Für das Leiden und Sterben an Europas Grenzen seien weder Naturgewalten verantwortlich, noch die gern zitierten Schlepper oder gar die zivile Seenotrettung, so Döllermann-Nölting, sondern eine Asylpolitik, die Menschen zwingt, ihr Leben zu riskieren, auf der Suche nach Schutz und einem würdigen Leben: „In Anbetracht des täglichen, vielfachen Unrechts des EU-Grenzregimes, das die koloniale Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen aus dem Globalen Süden fortführt, um den Wohlstand des Globalen Nordens zu sichern, treten wir ein für legale Einreisewege und das Recht zu Bleiben. Der sich im Zuge der voranschreitenden Klimakatastrophe und einer wachsenden sozialen Ungleichheit weiter brutalisierenden Festung Europa setzen wir die Vision einer für alle Menschen gerechten und lebenswerten Welt entgegen.“

Auf den Plakaten war zu lesen: „14. Juni / 600 Ertrunkene / Warum?“, „EU-Grenzregime tötet“, „Sichere legale Fluchtwege sofort“

Celler Rat mehrheitlich gegen Neubautrasse

In der letzten Sitzung vor dem Sommerpause beschloss der Celler Stadtrat eine Resolution zur von der Bahn geplanten Neubaustrecke durch das Stadtgebiet. Die Anregung kam vom Ortsrat Boye, dessen Bürgermeister Heiko Gevers (CDU) sich allerdings dahingehend beklagte, dass der Rat mit dieser Resolution offen lasse, wofür er eigentlich sei. Das hat den schlichten Grund darin, dass auch der in der Alpha E-Variante geplante Bestandsausbau keineswegs konsensual ist. Offen dafür positionierte sich nur Bernd Zobel für die „Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt“. (Die ganze Debatte gibt's unter Rats TV Celle bei youtube ab 2:00:30.)

Am Ende gab es sieben Gegenstimmen: drei durch die AfD, vier aus den Reihen der SPD-Fraktion. Die AfD hält die Verkehrswende und einen Bahn-Infrastrukturausbau insgesamt für überflüssig, u.a. mit dem nicht uninteressanten Argument, die weltweiten Warenströme müssten eingedämmt werden und wieder vor Ort produziert werden. Die ablehnenden Stimmen aus der SPD können so interpretiert werden, dass ein Neubau nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden soll.

Politisch interessant ist vielleicht noch, dass sich weder der Oberbürgermeister, noch jemand aus der größten Fraktion, nämlich der CDU, während der Debatte zu Wort meldeten. Hier die Resolution, die an Bundestagsfraktionen und Verkehrsministerium gehen soll, im Wortlaut:

„Der Rat der Stadt Celle steht ausdrücklich zur Verkehrswende und dem dafür erforderlichen Ausbau der Bahninfrastruktur, um die zukünftigen Mehrverkehre im Güter- und Personenverkehr aufnehmen zu können. Dieser Ausbau muss jedoch im Einklang mit Mensch, Raum und Umwelt erfolgen.

Die von der Deutschen Bahn geplante Neubautrasse im Stadtgebiet von Celle zerschneidet Landschaftsgebiete, Naturschutzgebiete und Lebensräume, Wälder und Weiden auf vielen Kilometern und vernichtet so wichtigen Naturraum und landwirtschaftliche Flächen gleichermaßen. Der damit verbundene Flächenverbrauch und die Flächenentwertung sind gerade im Hinblick auf vorhandene Alternativen nicht hinnehmbar.

Darüber hinaus wird das Orts- und Landschaftsbild durch die Neubaustrecke massiv beeinträchtigt. Ortslagen werden regelrecht entwertet. Wichtige Wegeverbindungen werden unterbrochen, was für die Celler Bürgerinnen und Bürger zum Teil erhebliche Umwege und gestörte Siedlungsbeziehungen zur Folge hat.

Celle steht zum Ausbau der Bahninfrastruktur und will diesen konstruktiv begleiten. Bisher ist die Bahn aber bei der Variantenbetrachtung unkonkret geblieben, sie hat ihre Planungsgrundlagen nicht offengelegt und ist nicht in einen ehrlichen Dialog mit den Betroffenen eingetreten. Um eine konstruktive Begleitung des Projekts zu ermöglichen, fordert der Rat der Stadt Celle, fortlaufend und zeitnah in alle

Trassenplanungen der Schienenverbindungen zwischen Hamburg und Hannover eingebunden zu werden.“

###

Derweil plant die Bahn fleißig an der Neubaustrecke. Eine neue Karte auf der Homepage der Bahn zeigt, dass der Trassenverlauf nicht mehr westlich, sondern östlich an Bergen vorbei verlaufen soll. Bergens Bürgermeisterin kommentierte dies gegenüber der CZ: „Die östliche Variante ist für uns der Super-Gau.“ denn dadurch werde das Stadtgebiet getrennt. als Grund vermutet sie, dass die Bahn Komplikationen mit dem Gedenkort "Rampe" (Gedenkstätte Bergen-Belsen) aus dem Weg gehen will.



Derweil geht der Warenumsatz im Hamburger Hafen, eine wichtige Begründung für den Ausbau, weiter zurück. Im ersten Quartal 2023 sind 10,2 Prozent weniger verladen worden als ein Jahr zuvor. Der Containerumsatz sank sogar um 16,9 Prozent. Damit setzt sich die Entwicklung aus dem Vorjahr fort, wo 6,8 Prozent bzw. 5,1 Prozent weniger umgeschlagen wurden als 2021.

Derweil hat das „Aktionsbündnis gegen Trassenneubau“ gemeinsam mit anderen Initiativen das Manifest „Deutschland-Akt vor Deutschland-Takt“ veröffentlicht; hier ein Auszug:

„Wir glauben, dass ein vernachlässigtes über Jahrzehnte kaputtgespartes Netz niemals eine vernünftige Verkehrslösung hervorbringen wird. Wir wissen, dass jetzt alles getan werden muss, um marode Gleisanlagen, baufällige Brücken und veraltete Stellwerke zu ersetzen. Um fehlende Weichen, zeitgemäße Signaltechnik, digitale Prozesse und notwendige Regionalhaltepunkte zu installieren und das benötigte Personal auszubilden, einzustellen und vernünftig zu bezahlen. Wir glauben nicht an überdimensionierte Neubauprojekte, deren Kosten regelmäßig außer Kontrolle geraten. Es ist nicht die Zeit für Groß-Projekte, die vor allem einzelnen wirtschaftlichen Interessen nutzen. Die Aufgaben Bestand zu sanieren ist so groß, dass es kein Quantum Spielraum für Neubauphantasien gibt. Wir glauben nicht an Projekte, die erst 2070 ihre volle Wirkung erzielen. [...] Diesen Kraftakt nennen wir den Deutschland-Akt. Dafür, und nur dafür, gibt es unsere Unterstützung.“

Toilettengebühren AfD „Zünglein an der Waage“

Nach der Renovierung und Wiedereröffnung der Toilettenanlage im Französischen Garten beschloss der Rat Ende Juni eine Benutzungsgebühr einzuführen. Abstimmungsentscheidend waren die Stimmen der AfD.

Die Installation einer Zugangssperre mit einer Gebühr von 50 Cent war ein Vorschlag der Verwaltung. Sie argumentierte, damit Vandalismus vorbeugen zu können. Der Einbau der Zugangssperre kostet rund 7.000 Euro.

Im Rat lehnten SPD und die Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt die Einführung einer Nutzungsgebühr ab. Vorher schon hatte sich der Ortsrat Altstadt/Blumlage mit 6:2 Stimmen dagegen ausgesprochen. Die Toilettenanlage würde vor allem von Nutzer:innen des Spielplatzes, Spaziergänger:innen und Tourist:innen genutzt, denen nicht unbedingt ein Hang zu Vandalismus zu unterstellen wäre. Stephan Ohl (Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt) machte in der Ratssitzung den Vorschlag, die Nutzung auf den Zeitraum von 8 bis 18 Uhr zu beschränken und dann einfach mal zwei Jahre abzuwarten.

Oberbürgermeister Nigge, die CDU, die FDP und Die Unabhängigen stützten sich aber lieber auf die Stimmen der AfD-Ratsmitglieder, um die Nutzungsgebühr durchzusetzen. Der Ratsvorsitzende Falkenhagen (FDP) kommentierte das Abstimmungsergebnis so: „Da sieht man mal, was wahre Blockbildung ist.“

"Beispiele kommunaler Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD" hat die Böll-Stiftung zusammengetragen, siehe: https://kommunalwiki.boell.de/index.php/Beispiele_kommunaler_Zusammenarbeit_zwischen_CDU_und_AfD

STRABS CDU verhindert Abschaffung

Die Straßenausbaubeitragsgebühren (STRABS) sind in den vergangenen Jahren zu einem hoch konflikträchtigen und emotionalisierten Thema geworden. Wenn Gemeindestraßen grundlegend saniert werden (müssen), können Städte und Gemeinden die Anlieger:innen über eine Satzung anteilig an den Kosten beteiligen. Die Kosten bewegen sich in der Regel im vierstelligen Bereich, können aber bei größeren Grundstücken auch höher liegen. Seit einigen Jahren bringt das Eigenheimbesitzer:innen dort „auf die Palme“, wo diese Gebühren noch erhoben werden. Denn in der Hälfte der Bundesländer und auch in der Hälfte der niedersächsischen Gemeinden sind sie inzwischen abgeschafft. In der Stadt Celle aber nicht. Hier gibt es seit 2021 ein zweijähriges Moratorium, d.h. aktuell wird die Gebühr nicht erhoben. Im Stadtrat gab es jetzt diverse Anträge zur Abschaffung der Gebühren. Doch in der Ratssitzung Ende Juni fand keiner der Anträge eine Mehrheit.

Die Stadtkämmerin Nicole Mrotzek hatte im Vorfeld argumentiert, dass eine Abschaffung vor dem Hintergrund der Finanzsituation nur mit einer Kompensation möglich sei.

Der Königsweg hierzu: eine Erhöhung der Grundsteuer. Diese haben in Relation zu Grundstücksgröße und Geschosshöhe der Immobilie die Eigentümer:innen zu entrichten. Die Spielidee also: Die Kosten für grundlegende Straßensanierung wird auf alle umgelegt und so vermieden, dass für Einzelne sehr hohe Kosten anfallen.

Die Fraktionen von Die Unabhängigen und der Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt wollten diesen Weg mitgehen. Die Unabhängigen wollten eine Anhebung von 520 auf 555 Punkte, was im Durchschnitt eine jährliche Belastung von 33,96 Euro bedeutet hätte. B'90/Die Grünen wollten ursprünglich eine Erhöhung auf 550 Punkte; unterstützten dann aber den Antrag der Unabhängigen.

Die CDU-Fraktion war sicherlich für die Gegner:innen der STRABS die größte Enttäuschung. Sie vertröstete auf einen konsolidierten Haushalt, der dann die Abschaffung ohne Kompensation erlaube; eine Position gegen die Kämmerin und damit auch den Oberbürgermeister. Und die SPD machte sich insoweit einen „schlanken Fuß“, als sie schlicht die Abschaffung ohne Kompensation beantragte – was aktuell eine Rotstiftpolitik in allen anderen Bereichen heraufbeschwören würde.

Die AfD hatte eine besondere Variante, rechtlich nicht umsetzbar: Einführung einer Gebührenobergrenze von 5.000 Euro, alles darüber soll die Stadt übernehmen. Heißt: Die Stadt würde Eigentümer:innen noch der größten Stadtvillen „pampern“. Immer bei den kleinen Leuten, unsere AfD.



Baustau auf Allerinsel

Die Bauarbeiten rund um den Hafen nähern sich dem Ende; fast alle 182 Wohnungen sollen verkauft sein. Aber „viele davon warten auf Mieter“ (CZ), bei manchen Preisen nicht so erstaunlich: 1700 Euro warm für eine Dreiraum-Wohnung sind kein Pappentier und 1030 Euro für eine Zweiraumwohnung mit 52 Quadratmetern wird das Jobcenter nicht genehmigen.

Düster allerdings sieht es, wie CelleHeute berichtete, für die Bebauung des zweiten Bauabschnitts aus, in dem sozialer Wohnungsbau vorgesehen ist. Von den drei Büros, die den "Zuschlag" für das sogenannte „Quartier an der Aller- aue“ bekommen hatten, sind mit der „Südheide Wohnungsbaugenossenschaft“ und der „BPD Immobilienentwicklung GmbH“ aus Hannover wohl zwei abgesprungen; und die stadteigene „allerland“ ... naja, muss wohl noch so tun, als ob was geht. Man suche neue Investor:innen, wurde aus dem Rathaus mitgeteilt.

Immerhin: der Allerauenpark ist der neue Schlossberg, jedenfalls für die "traditionelle" Versammlung von Schüler:innen vor Eintritt in die Sommerferien.

Nahverkehrsplan verabschiedet

OnDemand in Lachendorf und Wathlingen

Ende Juni hat der Kreistag einstimmig – bei einer Enthaltung – den von der Verwaltung vorgelegten Nahverkehrsplan verabschiedet (siehe auch rev 114, S. 9-10). In einer angesichts von Deutschland-Ticket und den sich daraus ergebenden Finanzierungsfragen gibt der Plan im wesentlichen „strategische Ziele“ vor. Das sorgte bei den Städten und Gemeinden im Landkreis dahingehend für Irritationen, als ihre konkreten Vorschläge kaum Berücksichtigung fanden.

„Ziel ist ein flexibler und zukunftsöffener Nahverkehrsplan, der angebotsorientiert unter Beachtung der wirtschaftlichen und tatsächlichen Grenzen einen möglichst attraktiven ÖPNV als Daseinsvorsorge im Landkreis Celle sicherstellt.“

Ja, die „wirtschaftlichen Grenzen“ werden in den kommenden Jahren zum Knackpunkt werden, aber: In der Kreistagsdebatte bekannten sich auch CDU und FDP uneingeschränkt zu den Entwicklungszielen.

Basis der Neuausschreibung des ÖPNV zum April 2025 ist im wesentlichen aber der Status Quo. Über ein „Baukastensystem“ soll es dann Schritt für Schritt zu Verbesserungen kommen. Wie schon bei den gut angenommenen Spätverkehren für Wathlingen und Hambühren sollen Modellprojekte als zusätzliche Angebote ausloten, ob auch eine Nachfrage besteht.

Als weiterer Zwischenschritt werden nach den Herbstferien so für Lachendorf und Wathlingen On-Demand-Verkehrversuche gestartet.

Ein On-Demand-Verkehr fährt „auf Bestellung“ ohne festgelegten Linienweg und ohne festen Fahrplan mit dem Ziel, möglichst viele Fahrgäste befördern zu können. Damit soll zusätzliche Mobilität in verkehrsschwachen Zeiten und/oder in dünn besiedelten Gebieten angeboten werden. Die Buchungen erfolgen über eine hierfür entwickelte App oder telefonisch; eine Voranmeldefrist ist nicht erforderlich, bei der Buchung ermittelt die Software unter Berücksichtigung der bereits gebuchten Fahrten die nächste Fahrtmöglichkeit und schlägt sie dem Fahrgast vor.

Der für Wathlingen eingeführte Spätverkehr erfährt so zusätzlich eine Einbindung der Gemeinden Eicklingen, Bröckel und Wienhausen.

Die Variante für Lachendorf ist insoweit interessant, als die Spätverbindung Celle (Schlossplatz) – Lachendorf – Celle auch OnDemand, also nicht im Taktverkehr erfolgen soll. Neben Lachendorf sind dann auch die Ortschaften Ahnsbeck, Beedenbostel und Bunkenburg angebunden.

Die Bedienzeiten: sind montags bis freitags von 20:00 bis 01:00 Uhr und samstags von 19:00 bis 01:00 Uhr.

Neben anderen Fragen (z.B. fehlendes Fahrpersonal) lassen vielleicht auch die Kosten erahnen, warum dieses schrittweise Vorgehen sinnvoll sein kann: Für die 18 Monate des Versuchs erhält CeBus 650.749 Euro.

1,6 Mio. für 600 Meter

Die Mehrheiten für ein Brückenbauwerk über die Ostumgehung in Höhe „Altenhäger Kirchweg“ stehen. Zweifel daran werden bleiben, ob es wirklich sinnvoll ist, für eine Wegverkürzung von 600 Metern (im wesentlichen für Radfahrer:innen von und zu den Berufsschulen) 1,6 Millionen Euro aus dem Stadtsäckel auszugeben.

Im politischen Raum haben wir hier die kuriose Konstellation, dass die AfD-Ratsfraktion von Beginn an dagegen war. Und dass nicht allein, weil das Fahrrad (insbesondere das Lastenrad) ein Artefakt des Satans ist, sondern vor allem aus Kostengründen. Die Ratsfraktion B'90/Die Grünen legte anfangs sogar Wert auf die Ideengeberschaft, um dann aber ins Lager der Kritiker:innen umzuschwenken.

Eine fundierte Kritik wird in Leserbriefen und „Beschwerden“ insbesondere von Imke Bahr vorgetragen. Sie sieht einen „Schildbürgerstreich“ darin, dass eine zusätzliche Querung gebaut werden soll, obwohl die Niedersächsische Landesbehörde für Verkehr (also der Bauträger für die Ostumgehung) am „Fasanenweg“ einen Brücke baut; und zwar u.a. weil die Stadt bei der Ostumgehungsplanung genau das nicht haben wollte, was sie jetzt selbst baut und zahlt. Und Bahr meint: *„Zwei Radwege, sicher über den Fasanenweg und schnell über die B191, reichen aus.“*

Der Umweg über die „Fasanenwegbrücke“ würde laut Stadtverwaltung „erhebliche Fahrzeitverlängerungen“ mit sich bringen. Bahr bestreitet das: Ob Berufsschüler:innen aus dem hintersten Winkel der Stadt 30 Minuten oder länger benötigen, entscheide sich nicht an der 600 Metern längeren Strecke, sondern eher, wenn er/sie vor roten Ampeln steht oder eine Grünphase erwischt.

Gerald Sommer verlässt B' 90 / Die Grünen

Nach 26 Jahren Mitgliedschaft ist der stellvertretende Landrat Gerald Sommer Ende Juni aus der Partei Bündnis 90 / Die Grünen ausgetreten. Sommer bleibt aufgrund seiner Personenwahl weiterhin parteiloses Mitglied in der Fraktion Klimabündnis im Celler Kreistag, da die Zusammenarbeit auf kommunalpolitischer Ebene immer gut war und weiterhin ist.

„Gemäß Satzung des Kreisverbandes Bündnis 90 / Die Grünen habe ich mich zu den Grundsätzen und dem Programm der Partei zu bekennen. Dies ist mir vor meinem Gewissen leider nicht mehr möglich. Die Zustimmung der grünen Mitglieder der Bundesregierung, großer Teile der Bundestagsfraktion und Teilen des Parteivorstandes zum Asylkompromiss halte ich für –gelingend– falsch. Der Beschluss des kleinen Parteitages dazu ist enttäuschend. Für mich ist die Würde des Menschen unantastbar,“ erläutert Sommer die Beweggründe für seinen Austritt, der ihm nicht leichtgefallen ist.



----- 01.05.2023 -----

Maikundgebung

Erstmals seit Jahren (oder Jahrzehnten?) gab's mal wieder eine kleine Demonstration zur Stechbahn, die im Vergleich zu den Vorjahren auch einigermaßen gut gefüllt war – vielleicht auch geschuldet dem Hauptredner Frank Bsirske, langjähriger ver.di-Chef, heute Bundestagsabgeordneter für B'90/Die Grünen.

----- 03.05.2023 -----

Gegen Mastställe

Knapp 50 Menschen protestierten anlässlich eines Erörterungstermins vor dem Kreistagssaal gegen die beantragten Hähnchenmastställe in Beedenbostel. Aufgerufen hatten die „Bürgerinitiative Lachendorf für Tier- und Umweltschutz, für den Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität in der Samtgemeinde Lachendorf und im Celler Land e.V.“ (BiLA), die unterstützt wurde von Aktivist:innen der



Tierschutzstiftung "Vier Pfoten". In Beedenbostel sollen zwei Mega-Mastställe mit insgesamt 120.000 Hähnchenmastplätzen errichtet werden.

----- 13.05.2023 -----

Demo in der "Herzkammer des deutschen Militarismus"

Ein norddeutsches Bündnis von Friedensgruppen hatte nach Munster aufgerufen, mitten in die am stärksten militarisierten Region Deutschlands zwischen Hamburg, Bremen und Hannover. Die gut 100 Teilnehmenden vertraten klare Positionen gegen Militarismus, Aufrüstung und Krieg.

Vor Ort interessierte es bis auf einige pöbelnde Nationalisten niemand; die



Lokalpresse („Böhme-Zeitung“) hatte sich entschlossen, den Protest u.a. gegen den größten Arbeitgeber im Heidekreis zu ignorieren. Aus Celle war eine kleine Delegation von „Rheinmetall entwaffnen“ dabei – mit (ohne jeden falschen Lokalpatriotismus) dem besten Transparent und der besten Rede. --- Dass es gleichzeitig den sogenannten „Querdenkern“ gelang, in Hannover unter dem Motto „Diplomaten statt Granaten“ (was es als Transparent so auch in Munster gab) über 1000 Leute auf die Straße zu bringen, ist bedenklich.

----- 26.05.2023 -----

List liest

Die Celler Initiative „Land in Sicht – Transition“ (LIST) hat an einem Freitag mit einer kleinen Aktion daran erinnert, dass Greta Thunberg vor fünf Jahren mit ihrem Schulstreik den Auftakt zu einer weltweiten Klimagerechtigkeitsbewegung gesetzt hatte. Neben dem Celler KAV-Gymnasium las nach Schulschluss die Sprecherin der Gruppe, Cornelia Döllermann-Nölting, aus Thunbergs kürzlich erschienenen „Klimabuch“: „In mittleren und kleinen Städten ist die Fridays for Future-Bewegung kaum noch vorhanden. Dabei steht gerade die Zukunft der jungen Generation auf dem Spiel. Wir stehen ratlos vor einer Passivität, die gerade nur von der Letzten Generation durchbrochen wird.“

Ein Dutzend Menschen folgten der



Lesung und wurden am Ende einbezogen, indem sie Hinweise Thunbergs vorlesen konnten, was jetzt zu tun sei: individuell und gesellschaftlich. Am Wichtigsten vielleicht: „Setze dich für Veränderungen ein.“ In diesem Zusammenhang erklärte Döllermann-Nölting schließlich die Solidarität von LIST mit der Letzten Generation: „Es ist skandalös, dass jene kriminalisiert werden, die wirksame Maßnahmen zur Klimagerechtigkeit einfordern, und nicht jene, die das fossile Zeitalter fast endlos zu verlängern bereit sind.“

----- 31.05.2023 -----

Soli LG

Solidarisch mit der Letzten Generation zeigten sich rund 50 Celler:innen auf der Stechbahn. Die von LIST angemeldete Kundgebung wurde von einem Vertreter der „Letzten Generation“ eröffnet. Er verlas einen Offenen Brief an Kanzler Scholz, in dem u.a. gefragt wird: „Wenn schon so wie jetzt auf friedliche Sitzblockaden reagiert wird: Was passiert, wenn die Klimakrise unsere Gesellschaft und den Rechtsstaat unter Stress setzt? Wie wird der Rechtsstaat mit anhaltenden Dürren und hunderten Millionen Geflüchteten umgehen? Wird unser Rechtsstaat dann zerfallen?“

Zu juristischen Hintergründen gab Werner Leise (attac) einige Anmerkungen. Die Ermittlungen gegen die



LG auf Grundlage des § 129 („kriminelle Vereinigung“) seien völlig unangemessen und würde zeigen, dass und wie dieser Paragraf für politische Verfolgung genutzt würde. - Wolfram Steinmetz, bekannt aus dem Zusammenhang der Klimaplattform, wies in seinem Beitrag darauf hin, dass die Klimabewegung gewissermaßen nicht Alarmismus umtreibe, sondern die Warnungen angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse schlicht von Realismus geprägt wären. Und selbstverständlich müsse sich die Bundesregierung Fragen gefallen lassen dahingehend, ob sie der dramatischen Situation wirklich Rechnung tragen.

In zwei abschließenden Redebeiträgen stellten Vertreter:innen der feministischen Initiative „Gemeinsam kämpfen“ und vom AK Internationalismus die Kriminalisierung der LG in einen größeren Zusammenhang politischer Verfolgung in Deutschland. Auf organisierten Widerstand gegen Ungerechtigkeit reagiere der Staat schon immer repressiv.

----- 03.06.2023 -----

Degrowth Day

Die Stadtbibliothek und die Celler Klimaplattform informierten zum weltweiten „Global Degrowth Day“ oder „Tag des guten Lebens für alle“ vor der Celler Stadtbibliothek. Dabei konzentrierten sich die Beteiligten auf den Aspekt „Sharing Economy“, dass also nicht mehr jeder Mensch alles selbst besitzt, sondern stattdessen mehr gemeinsam genutzt, verliehen und getauscht wird – ein Ansatz, den Bibliotheken wie die Celler Stadtbibliothek seit langer Zeit sehr erfolgreich vormachen. Zu diesem Zweck stellte die Nachhaltigkeitsgruppe der Stadtbibliothek eine aktuelle Bücherkiste mit Sachbüchern und Belletristik zu vielfältigen Themen rund um Klimaschutz und Nachhaltigkeit zusammen. Von den Mitgliedsorganisationen der Klimaplattform wurden mit Fahrrädern zum Lasten- und Personentransport ebenfalls ein in Celle etabliertes Sharing-Projekt vorgestellt.

Beispielhaft waren weitere Gegenstände zu sehen, die ebenfalls leicht geteilt werden können, weil sie von vielen nur ab und zu benötigt werden: Elektrowerkzeuge, Sportgeräte oder Musikequipment.



----- 18.06.2023 -----

Stadtteilladen eröffnet

Zu klein war der Stadtteilladen der Solidarischen Initiative Neuenhäusen für die vielen Menschen, die bei der Eröffnung dabei sein wollten. Und so wurde es eine Art entspanntes Straßenfest vor dem ehemaligen Le Bistro bzw. GDS in der Emigrantenstraße.

----- 26.06.2023 -----

Letzte Generation

20 Minuten blockierten fünf Aktivist:innen der Letzten Generation in Höhe CongressUnion die Fahrbahn Richtung Allerbrücke. Die Polizei legte in ihrer PM Wert darauf, dass nur eine Person aus dem Landkreis Celle stammt, die anderen aus dem Bereich Braunschweig. „Protesttourismus“ meinte die Cellesche Zeitung.

----- 05.07.2023 -----

Kobane

Bei einer Benefiz-Vorführung des Spielfilms „Kobanê“ in den Kammerlichtspielen wurden für die Erdbebenopfer in Kurdistan mehr als 1000 Euro gesammelt (für medico international). Die Veranstaltung wurde organisiert vom Celler „Defend Kurdistan“-Komitee.



Gibt es keine Alternative?



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und be-
ginnen ein Gespräch.

Klein Jonas (laut skandierend): Alle zusammen / gegen den Faschismus! Alle zusammen / gegen den Faschismus!

Der Besserwisser [runzelt die Stirn]

Der lange Lulatsch: Jonas stimmt sich ein für die Demo gegen den AfD-Parteitag in der CongressUnion.

Oma Lilo: Alle zusammen? Schön wär's.

Die Dicke: In der Rathaus-Chefetage findet man ja, dass, so Sprecherin Myriam Meißner, die AfD „eine demokratisch legitimierte Partei“ sei, „deren Vertreterinnen und Vertreter [...] Teile der Bevölkerung in unseren nach dem Grundgesetz allgemeinen, freien, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlen ihre Stimmen gegeben“ haben. Von daher gebe es juristisch keine haltbaren Gründe, eine solche Veranstaltung abzulehnen.

Oma Lilo: Klar, laut niedersächsischem Verfassungsschutzbericht ist die AfD ja auch nur als „Verdachtsobjekt“ gelistet. Der niedersächsische AfD-Landesverband unterhalte, so der seinerzeitige Innenminister Pistorius vor einem Jahr, „Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen und Protagonisten.“

Der Besserwisser (ironisch): Exzellente Quelle.

Klein Jonas: Ja, was denn: Das sind Faschisten.

Der Besserwisser (mit betontem Glottisschlag): Faschist:innen.

Klein Jonas: Findest du wirklich, salonbolschewistischer Zynismus hilft jetzt weiter?

Der lange Lulatsch: Tazio Müller schreibt: „Der Faschismus ist die optimale politische Form der Verdrängungsgesellschaft.“

Oma Lilo: Was meint er damit?

Der lange Lulatsch: Ich zitiere mal: „Zunehmende gesellschaftliche Konflikte, zunehmender „Migrationsdruck“, ein zunehmendes Bedürfnis, die Klimakatastrophe zu ignorieren und die aus ihr trotzdem entstehende Angst auf easy targets zu projizieren? All diese Tendenzen sind strukturell angelegt, sind nicht zufällig, und werden sich [...] immer weiter verstärken. In so einer Situation ist der Anstieg der Umfragezahlen für die AfD nicht die Schuld der linksgünen Wokeria, und auch nur teilweise der hart nach rechts blinkenden Union und FDP: er repräsentiert den sich zunehmend nach rechts, zur Verdrängung, zum trumpesquen schamfreien Arschloch-Sein tendierenden doitschen Volkswillen.“

Die Dicke: Ich habe die Texte auch gelesen. Spannend finde ich, wie er den Übergang von der Verdrängungs- zur Arschloch-Gesellschaft beschreibt. So richtig Ernst nehmen wollte eine große Mehrheit Klimakatastrophe, Artensterben, Kriege, Hunger und Flucht ja nie. Und jetzt ist es regelrecht befreiend für viele, endlich Arschloch zu sein: gegen Klimakleber, Krötenschützer und Kanakenfreunde.

Oma Lilo: Und das alles Seit an Seit mit einer „demokratisch legiti-

mierten Partei“.

Klein Jonas: Und was machen wir damit?

Der Besserwisser (ironisch): Alle zusammen / gegen den Faschismus.

Klein Jonas: Ich finde das nicht lustig.

Der Besserwisser (ernst): Okay, du hast Recht. Ich auch nicht.

Der lange Lulatsch: Obwohl es Nazis sind, kommen wir mit der lautstarken Anklage, dass es Nazis sind, aktuell nicht weiter. Den AfD-Wähler:innen und ihrer Arschloch-Mentalität ist das inzwischen scheißegal.

Klein Jonas: Heißt?

Der lange Lulatsch: Realistisch gesehen werden wir bald eine parteipolitisch-parlamentarische Lage haben wie jetzt schon in Finnland mit den "Wahren Finnen", in Schweden mit den "Schwedendemokraten", in Italien mit "Fratelli d'Italia" oder in Frankreich mit dem "Rassemblement National", will sagen: Die sogenannte Brandmauer der CDU wird nicht halten. Und dann – das heißt eigentlich schon jetzt – geht es darum, Antifaschismus neu zu definieren und zu organisieren.

Oma Lilo: Ich habe den Eindruck, dass das wesentliche Narrativ der AfD ist: Mit uns bekommt ihr die „Normalität“ zurück der – sagen wir – Welt vor 50 Jahren: Als man noch stolz sein durfte auf „schwarz-rot-gold“, als die Familie noch als Kern der Gesellschaft galt, als es noch ein Aufstiegsversprechen gab. Und als diese ganze Schuld-Diskussion – sei es Klimagerechtigkeit, Holocaust, Rassismus – keine Rolle spielte.

Der lange Lulatsch: Und deshalb müssten wir jetzt eine neue Gegen-Kultur organisieren, die – irgendwie analog zum weltweiten Aufbruch von „1968“ – all das Falsche der neoliberalen Glücksversprechen kontert mit mit einem solidarischen Gegenentwurf zur imperialen Lebensweise.

Die Dicke: Ich denke auch, dass angesichts der planetaren Grenzen selbstverständlich Gretas Diktum „Follow the Science“ gilt, aber – mit Bloch gesprochen – ein „Wärmestrom“ dazukommen muss.

Der Besserwisser: Bitte keine Moral.

Die Dicke: Doch. Wir brauchen gegen die Erderhitzung eine ganz andere Art der Erderwärmung. Ich zitiere mal Thomas Ebermann: „*Wieviel unbeschwerter, sorgloser, glücklicher wäre ein Leben im Wissen, dass kein Mensch auf der Welt unbehaust, hungrig, unbekleidet und medizinisch unversorgt leben muss. Sollte es je eine befreite Gesellschaft geben, so werden die frei assoziierten Produzenten – und ich ergänze mal: Produzent:innen – der reichen Weltgegenden ein Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit verausgaben, das nicht ihnen zugute kommt, sondern denen >geschenkt< wird, deren Unterversorgung so viele Jahre planmäßig organisiert und geduldet wurde.*“

Der lange Lulatsch: In der Tat – nichts davon will die AfD oder wollen ihre Wähler:innen. Und, wenn ich das richtig sehe, auch 90 % vom Rest nicht.

Klein Jonas: Aber wahrscheinlich wollen auch 90 % vom Rest keinen Faschismus, sondern hier bei uns einfach, dass es halbwegs so bleibt und nicht schlechter wird.

Die Dicke: Schön wäre ja, wenn sie den Anspruch hätten, dass es besser wird – und nicht nur für sie. Deshalb stimmt wahrscheinlich, was Zygmunt Bauman in seinem letzten Buch geschrieben hat. „*Die vor uns liegende Aufgabe, die humane Integration auf der Ebene der gesamten Menschheit wird sich vermutlich als beispiellos anstrengend, beschwerlich und problematisch erweisen. [...] Aber in diesem besonderen Fall [...] gilt die Aussage >Es gibt keine Alternative<.*“

Der Besserwisser: Okay, und schon gar nicht die „... für Deutschland“.



Rheinmetall: 45 Mrd.-Auftrag?

Rheinmetall steht der WELT zufolge möglicherweise kurz vor einem ganz großen Rüstungsdeal: „Das Bewerberfeld um das Nachfolgemodell für den US-Schützenpanzer ‚Bradley‘ ist von fünf auf nur noch zwei Kandidaten geschrumpft. Lediglich ein Konkurrent kann die 45 Milliarden Dollar schwere Zusage für Rheinmetall noch verhindern. Klappt der Deal, wird der Konzern zum globalen Riesen.“ (jw) - IMI-Aktuell 2023/417 von: 29. Juni 2023

Rheinmetall: Neue Ukraine-Aufträge

Das Rüstungsunternehmen Rheinmetall kommt mit seinen Pressemitteilungen über neue Aufträge für die Ukraine kaum mehr hinterher. Am 23. Juni wurde gemeldet, die Bundesregierung habe 20 weitere Schützenpanzer Marder mit einem „Wert im unteren zweistelligen Mio EUR-Bereich“ für die Ukraine bestellt. Wenige Tage später hieß es am 27. Juni in einer weiteren Pressemitteilung: „Die niederländische Regierung hat Rheinmetall mit der Lieferung von vierzehn Leopard 2A4 Kampfpanzern für die Ukraine beauftragt. [...] Der jetzt erteilte Auftrag [...] umfasst ein niedriges dreistelliges Mio EUR-Volumen.“ (jw) - IMI-Aktuell 2023/407 von: 27. Juni 2023

Ebenfalls bis Ende Juli soll die erste Charge über 10.000 Schuss 35-Millimeter-Munition für den Flugabwehr-Panzer Gepard verschickt werden. Insgesamt hat Rheinmetall einen Vertrag über die Lieferung von 300.000 Schuss. Außerdem will Rheinmetall in dem osteuropäischen Staat Fuchs-Transportpanzer herstellen. - Quelle: Die Welt

Hauptversammlung: Protest in Berlin ...

Zum Anlass der (digitalen) Aktionärsversammlung des Rüstungskonzerns Rheinmetall hat das Bündnis „Rheinmetall entwaffnen“ in Berlin und Düsseldorf Protestaktionen durchgeführt. In einer ausführlichen Pressemitteilung des Bündnisses heißt es hierzu u.a.:

„In Berlin gab es zur Mittagszeit eine Störaktion in der Bundespartei-Zentrale der Grünen. Dort besetzten die feministischen Antimilitaristinnen das Gebäude, entrollten vom Balkon ein Banner mit der Aufschrift „Gegen Kriegs- und Krisenprofiteure – Gegen Grüne Kriegspolitik“ und „konsequent feministisch – radikal antimilitaristisch“. Außerdem verteilten sie „Blutgeld“ mit den Gesichtern von Armin Papperger, Vorstandsvorsitzender der Rheinmetall AG, und Annalena Baerbock. Mit der Aktion machten die Aktivistinnen klar, dass die sogenannte feministische Au-



ßenpolitik von Annalena Baerbock nichts mit Feminismus zu tun hat. Dazu äußerte eine der Aktivistinnen: „Für uns als revolutionäre Feministinnen gilt es, sowohl jedem Krieg wie auch den Nationalstaaten, die sie führen, entgegen zu treten. Wenn Nationalstaaten, wie zurzeit die BRD, versuchen ihrer Kriegspolitik einen feministischen Anstrich zu geben, sagen wir: NEIN!“ ... „Den Aktionär*innen wird heute eine satte Dividende von 4,30€ pro Aktie ausgeschüttet. Wir verurteilen dieses Geschäft mit dem Tod,“ sagte der Sprecher Timo Häuser von „Rheinmetall Entwaffnen“. - IMI-Aktuell 2023/273 - von: 10. Mai 2023

... und Düsseldorf

Mit großen Transparenten, scharfen Redebeiträgen und lautstarkem Protest kritisierten „Ohne Rüstung Leben“ Deutschlands größten Rüstungskonzern vor seiner Zentrale in Düsseldorf - unübersehbar für tausende Vorbeifahrende und unüberhörbar für die Angestellten von Rheinmetall. Von Bundesregierung und Bundestag wurde gefordert, ein striktes Rüstungsexportkontrollgesetz zu beschließen, das die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Kriegs- und Krisenregionen verbietet und Lücken schließt, die es zum Beispiel Rheinmetall gegenwärtig noch ermöglichen, deutsche Exportregelungen zu umgehen.

Otte (CDU): Sound of Freedom

Der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestags, Henning Otte (CDU) bat um Verständnis für mögliche Beeinträchtigungen im Luftverkehr NATO-Übung Air Defender 2023 geworben. Bei phoenix sagte Otte: „Das ist ein Stück weit der Preis, den wir bereit sein müssen, für den Frieden zu zahlen. Man kann auch sagen: Das ist der Sound of Freedom.“



#stolzmonat gegen #pridemonth

Zur diesjährigen Demonstration gegen die Sommerwendfeier auf dem Escheder Hof Nahtz landeten die Neonazis aus ihrer Sicht einen Coup: Während rund 120 Menschen zum niedersächsischen Zentrum der NPD zogen, besprühten – laut Polizeibericht – 20 Personen eine Wand auf dem Gelände der CD Kaserne, stellten sich mit einem Plakat auf und fotografierten sich. Für kurze Zeit war auf schwarz-rot-gold der hashtag #stolzmonat zu lesen. Die Polizei stellte von einigen Personen die Personalien fest und befand: „Nach erster Beurteilung haben die gesprayten Graffiti keine strafrechtliche Relevanz.“ Auch weil die Mauer für das Sprayen freigegeben sei.

Zum Verständnis dieser Aktion ist vielleicht eine Vorgeschichte genauso wichtig wie ihr Zusammenhang mit einer Twitter-Kampagne der Neonazis.

Die NPD benannte sich jüngst bei ihrem Bundesparteitag um in: „Die Heimat“. Und auch das NPD-Gelände in Eschede (ehem. Hof Nahtz) wurde so geframt, nämlich: „HeimatHof Eschede“. In Reaktion darauf hatte das Bündnis gegen Rechtsextremismus (BgR) ihrerseits den Hof umbenannt in „Regenbogenhof“. Für Wilfried Manneke, Sprecher des Netzwerks Südheide gegen Rechtsextremismus, verbindet sich damit die Hoffnung, dass der Hof eines Tages nicht mehr von Rechtsextremen genutzt wird: „Der Hof sollte dann zu einer Stätte für Vielfalt und Toleranz werden.“ In der Nähe des Hofes wurde zudem ein bunt bemalten Stein niedergelegt. Die Regenbogenfarben so die BgR-Sprecherin Marlies Petersen stehe symbolhaft für die Freiheit aller sexuellen Orientierungen und Formen von Geschlechtsidentität – Werte, die der Ideologie der Rechtsextremen entgegen stünden. (Dass die Aktion nicht auf ungeteilte Zustimmung aus der queeren Community stieß, sei nur am Rande bemerkenswert.)

Das Ganze spielte sich ab im Juni, dem sogenannten Pride-Month, der Gedenkmonat gilt für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender.

Dagegen lief schon vorher die Nazi-Kampagne unter dem Hashtag #Stolzmonat. Im Twitter-Ranking stand der Hashtag Anfang Juni einige Tage auf Platz Eins. In den Demo-Ankündigungen für Eschede wurde dies aufgegriffen: „‘StolzMonat’ in die Knie zwingen – Pride-Month wirksam stärken“ war bei dem Internetportal Celler Presse zu lesen.

In der #Stolzmonat-Kampagne sieht die Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl eine Kulturkampf-Strategie der extremen Rechten. Ziel sei die Emotionalisierung und Polarisierung gesellschaftspolitischer Agenden:

„Die eingesetzte Strategie hier nennt man 'Retorsion' (Umkehrung). Wenn die einen dürfen, dann dürfen

die anderen auch. Wenn es eine Black Power Bewegung gibt, dann muss es eine White Power Bewegung geben. Diese Gleichsetzung blendet Rahmenbedingungen wie Machtverhältnisse stur aus oder leugnet sie. Gleichzeitig passiert im nächsten Schritt eine Opfer-Täter-Verkehrung. Die Opfer, die sich wehren und zusammenschließen, sind die eigentlichen Täter und müssen bekämpft werden. Die Täter sind die eigentlichen Opfer, weil sie ihre ausschließende Identität nicht ausleben können.“

Zur Kampagne gehörte – wir das redaktionsnetzwerk deutschland (rnd) schrieb – auch der Versuch, den „Stolzmonat“ zum Jugendwort des Jahres zu machen. Zahlreiche Twitter-Nutzer:innen hätten dazu aufgerufen, das Wort auf der Website des Langenscheidt-Verlags, der die Abstimmung organisiert, vorzuschlagen. Der Verlag ließ das nicht zu.



Auch der Ort der Neonazi-Aktion, also die CD Kaserne, kann als Teil eines Kulturkampfes gesehen werden. Auf ihrem telegram-Kanal gab's von den Jungen Nationalisten, der Jugendorganisation der NPD, folgende „Bekannter“-Botschaft: „Während linke Versager in Eschede einen Tag nach unserer Sonnenwendfeier gegen diese demonstrieren wollen, wurde die Graffiti-Wand neben dem linken Jugendzentrum in Celle passend zum #Stolzmonat aufgedeutscht. Ob sie nun die Verbindung zu ihrer Heimat wiederfinden?“

Gemeint war wahrscheinlich das Bunte Haus, das sicher eine antifaschistische Tradition hat. Die queere Celler Jugend findet Raum und Unterstützung aber bei der städtischen CD Kaserne. Na gut – schnell übermalt wurde der #Stolzmonat dann doch „von links“.

Dass die Neonazis sich damit von den Farben der von ihnen so geliebten Reichsflagge (schwarz – weiß – rot) ist eine Bemerkung wert, insoweit als sie offensichtlich im Kulturkampf gegen alles „Undeutsche“ anschlussfähig werden wollen.

Ihre Sonnenwendfeier mit mindestens 60 Teilnehmenden hatten die Neonazis diesmal schon am Freitag veranstaltet.

Monopoly

Zum 1. Juli verkaufte Peter Fehlhaber „CelleHeute“ an die „Celle Online Medien GmbH“ – mit der Adresse Bahnhofstraße 1-3. Na sowas. Geschäftsführer ist Carsten Wießner, der bei der Celleschen als Verlagsleiter fungiert. Vor gut 13 Jahren hatte Fehlhaber das Online-Portal gestartet, was in der Celler Medienlandschaft zunächst durchaus belebend war. Nämlich dahingehend, dass die Cellesche Zeitung kontroverse Positionen zwar immer noch im Papierkorb verschwinden lassen konnte, aber eben nicht mehr gänzlich vor einer interessierten Öffentlichkeit. Denn unter dem Motto „unkommentiert & unzensiert“ brachte Fehlhaber eben fast jede Pressemitteilung, die ihm zuzuging. Journalistisch lag die Latte nie besonders hoch; aber: mit Anke Schlicht gab es dann in den letzten Jahren doch gelegentlich Qualität & Biss (doch sie wurde von der CZ nicht übernommen).

CelleHeute hat die CZ Leser:innen gekostet. Nicht unbedingt in Haushalten, die die Cellesche halten wie sie GEZ Gebühren bezahlen, aber bei jüngeren Generationen, die sich über das Internetportal hinreichend informiert fühlen. Das lässt sich wahrscheinlich nicht wieder einfangen. So nimmt die CZ dann jetzt wenigstens die Werbeeinnahmen mit bzw. kann interessantere Kompaktangebote machen.

Im digitalen Raum bleibt die „Celler Presse“, die leider nur gelegentlich mit eigenen Berichten belebend wirkt. Ach ja – und das Anzeigenblatt „Celler Kurier“, das seit längerem vor allem dadurch „auffällig“ geworden ist, dass es „unkommentiert & unzensiert“ beliebige AfD-Pressemitteilungen veröffentlicht, aber – wie uns zugetragen wurde – Verlautbarungen von Die Linke im Regelfall im Papierkorb verschwinden lässt.

CZ unter 20.000

Im ersten Quartal 2023 ist die Cellesche Zeitung bei der Druckauflage auf unter 20.000 gesackt (19.357) - so die Daten der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW). Ein Jahr zuvor lag sie noch bei 22.036 und im ersten Quartal 2021 bei 24.327. Die Steigerung bei ePaper von 2.315 (2021) zu 3.512 (2023) konnte das nicht auffangen. - Dass das überall der Trend bei Lokalzeitungen ist, kann nicht wirklich trösten. Auch wer die Cellesche nicht liest und/oder nicht mag, sollte über diese Tendenz nicht frohlocken. - Im übrigen gilt wohl, was Bertolt Brecht empfahl:

Herr Keuner begegnete Herrn Wirt, dem Kämpfer gegen die Zeitungen. „Ich bin ein großer Gegner der Zeitungen“, sagte Herr Wirt. „Ich will keine Zeitungen.“ Herr Keuner sagte: „Ich bin ein größerer Gegner der Zeitungen: Ich will andere Zeitungen.“

Kleines Best of AfD

„Ich würde niemanden verurteilen, der ein bewohntes Asylantenheim anzündet.“ Marcel Grauf, Referent von Dr. Christina Baum, AfD und Heiner Merz, AfD

„Drecksack-Antifakindern bekiffter Eltern gehört eine verpasst und sie in den Dreck geworfen. Ihnen gehört gedroht, dass sie nächstes Mal unter der Erde liegen!“ Egbert Ermer, AfD

„Brennende Flüchtlingsheime sind kein Akt der Aggression.“ Sandro Hersel, AfD

„Das Pack erschießen oder zurück nach Afrika prügeln.“ Dieter Görnert, AfD

„Immerhin haben wir jetzt so viele Ausländer im Land, dass sich ein Holocaust mal wieder lohnen würde.“ Marcel Grauf, Referent von Dr. Christine Baum, AfD und Heiner Merz, AfD

AfD-Landesparteitag 19./20.8. in der Union

Am 19. und 20. August wird die AfD ihren Landesparteitag in Celle durchführen. Und zwar in der Union, die erneut kein Problem damit hat, Rechtsextremist:innen und Rassist:innen ihre Räume zu vermieten.

Zur Koordinierung des Protests hatte die IG Metall Celle-Lüneburg eingeladen. Auf dem ersten Treffen einigten sich die anwesenden Vertreter:innen von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Parteien auf eine Demonstration am Samstag, 9 Uhr ab Bahnhof – und eine Kundgebung ab 10 Uhr an der CongressUnion. Ansonsten sollten die zwei Tage einige Möglichkeiten für unterschiedliche Protestformen bieten.

Spannend wird werden, ob die aktuellen Umfragen eine neue Protestdynamik einleiten können. – Dass AfD-Narrative immer „gesellschaftsfähiger“ werden, zeigte sich bei der Rede von Celles Oberbürgermeister Nigge auf beim Aufmarsch der Schützengesellschaften vor Schloss. Die CZ zitierte ihn so: „Wir erleben derzeit, dass besonders lauten Minderheiten viel zu großer Raum gegeben wird. Wir erleben aber auch, dass einige versuchen, uns immer mehr ihre Lebensweisen aufdrücken zu wollen: Das fängt bei der Anzahl von Urlaubsflügen an, geht über die Menge an Fleisch, die wir essen dürfen, bis dahin, wie unsere Sprache entgegen allen offiziellen Regeln angewendet werden soll.“ Und es höre auf bei dem Versuch, vorzugeben, welche Lieder genehm seien und welche nicht, so Nigge: „Ich sage nur Layla. Die Entwicklung bereitet mir persönlich Sorge, denn sie spaltet, statt zu vereinen, was in heutigen unruhigen Zeiten viel wichtiger wäre.“ – So in etwa werden sich dann auch Bewerbungsreden der Kandidaten für die Europawahlliste der AfD anhören. Bratwursteinigkeit für Deutschland halt.

Das ist Kunst, das kann weg

Aktuell findet in Celles Rathaus der „Rotstift“ wieder Verwendung. Eine für die nächsten Jahre ungemütliche Finanzmisere führt wohl dazu, dass sogenannte „freiwillige Leistungen“ durchforstet werden. In allen Ausgaben, die nicht gesetzlich geregelt und vorgeschrieben sind, wird ein Kürzungspotenzial ausgelotet. Besonders beliebt dabei: der Kultursektor, denn da ist fast alles „freiwillig“.

Trotzdem überrascht, was die Cellesche Zeitung Anfang Juli berichtete: Der Eberhard-Schlotter-Stiftung soll es an den Kragen. Kulturdezernentin Susanne McDowell teilte den Kuratoriumsmitgliedern schriftlich mit: „*In diesem Zusammenhang [Finanzlage] habe ich den Auftrag erhalten, zu prüfen, ob die Eberhard-Schlotter-Stiftung Celle in die spanische Stiftung überführt werden kann.*“ Motto: Das ist Kunst, das kann weg.



Eberhard wer?

Wer in Celle auch nur eine bisschen Interesse an bildender Kunst hat, kennt selbstverständlich den Namen Schlotter. In Kürze gibt uns die Webseite der Stiftung Auskunft:

„*Der Maler und Grafiker Eberhard Schlotter [1921-2014] war einer der bedeutendsten Vertreter der deutschen Kunst nach 1950. Sein Lebenswerk umfasst Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Druckgrafik, Illustrationen und literarische Arbeiten. Schlotters Werke entstanden häufig in der Auseinandersetzung mit anderen bildenden Künstlern (u. a. Pablo Picasso, Giorgio Morandi, Max Ernst). Auch in der Literatur fand er ein anregendes Gegenüber: Die Freundschaft zu dem Schriftsteller Arno Schmidt und die Wertschätzung vieler Literaten (u.a. Cervantes, James Joyce, Wilhelm Raabe) machen das Œuvre Schlotters auch zu einer Bereicherung für literarisch interessierte Menschen.*“

Vertragliche Regelung

Ende 1992 schloss die Stadt Celle unter Oberbürger-

meister Martin Biermann mit Eberhard Schlotter einen Vertrag. Geregelt wurde, dass Schlotter „*einen Teil seines umfangreichen Lebenswerkes als neue und geschlossene, aber erweiterungsfähige Sammlung unter dem geplanten Titel "Die Kunst nach 1945" einbringt.*“ Im Gegenzug verpflichtete sich die Stadt „*Depot- und Ausstellungsflächen [...] von mindestens 500 qm, davon ca. 1/5 Depotflächen, der Stiftung ständig zur Verfügung zu stellen.*“ Sie verpflichtete sich weiter zu Katalogisierung und wissenschaftliche Betreuung und dazu, dafür Sorge zu tragen, dass das Werk „*ständig [...] oder auch in Sonderausstellungen zur Verfügung steht.*“

Wieso eigentlich Celle?

Schlotters Lebensmittelpunkte lagen in Hildesheim, Darmstadt und dem spanischen Altea. In Celle lebte sein Bruder, der Goldschmied Georg Schlotter – und in den letzten Jahren seines Lebens hatte er wohl auch einen „Nebenwohnsitz“ und Atelier bei Verwandten in Wienhausen. Es ist also nicht ganz zufällig, dass der Künstler die Schlotter-Stiftung in Celle ansiedelte; aber eben auch, weil die Stadt ihn seinerzeit „haben“ wollte.

Seit nunmehr 30 Jahren gehören Schlotters Werke fest zum Ausstellungsbestand des Bomann-Museum, regelmäßig gibt es Sonderausstellungen zu bestimmten Phasen oder Aspekten seines Werks.

Von Celle nach Altea?

In ihrem Schreiben unterbreitet McDowell den Vorschlag, die Stiftung nach Spanien zu überführen. Zu bedenken sei, „*dass damit das Stiftungskonvolut zusammenbleiben könnte und die Stiftung am Leben erhalten würde.*“ Auch in Altea, wo Schlotter ab 1956 einen Wohnsitz hatte, gibt es eine Schlotter-Stiftung – mit rund 1.200 Werken des Künstlers. Ob Altea wohl schon von den „Überlegungen“ in Celle weiß? Große Zweifel am Sinn eines „Umzugs“ äußerte Walter Jochim, Kuratoriumsmitglied der Celler Stiftung: „*Wir haben hier in Celle weit über 8000 Kunstwerke von Schlotter, in Spanien sind es gerade einmal 1000. Zudem sind die Räumlichkeiten in Altea stark begrenzt, dort hätte man gar keine Möglichkeiten der Lagerung.*“

Proteste sind zu erwarten und zu Recht.



Foto: Eberhard-Schlotter-Stiftung / Celle/Fotostudio Loeper

Neues aus der Stadtbibliothek

John Irving / Der letzte Sessellift

Lange bevor sich alte weiße Menschen immer mal wieder besinnen müssen, wofür denn eigentlich das Akronym LGBTQ steht, gab es diese ausbuchstabierte Lesbians, Gays, Bisexuals, Transgender, Intersex & Queers mehr oder weniger offen oder versteckt in unseren Gesellschaften. John Irving nimmt in seinem Familienroman dafür die letzten 80 Jahre US-Geschichte in den Blick. Wenn der Deutschlandfunk urteilt „Nostalgie ohne Substanz“ hat er

Foto: Basso Cannarsa/Opale/Leemage/laif



recht und unrecht zugleich. Irving erzählt die Geschichten seines Personals mit soviel Zuneigung, dass konfliktträchtig nur die Konfrontation mit einer feindlich heteronormativen Welt wird. Aber nostalgisch ist die Einbettung des Vietnam-Kriegs, der Aids-Politik Reagans oder die aktuelle rechts-faschistoide Entwicklung großer Teile der US-Gesellschaft eben gerade nicht. Aber ja, der alte Mann sieht hier die Niederlagen, die es waren. Und wer nur halbwegs registriert, wie die deutsche (und europäische) Rechte gerade einen Kulturkampf um zweigeschlechtliche und heterosexuelle Normen führt, kann nur dankbar sein, wie liebevoll Irving sein queeres Personal durch die Jahrzehnte führt. Und ja. Formal ist der Roman keine Überraschung, sondern über weite Strecken sehr klassisch auktorial erzählt. Und ja, gerade die Experimente von Drehbüchern im Roman sind eher nicht gelungen. Und ja. Dem Roman hätte es wahrscheinlich nicht geschadet, auf die Hälfte der Seitenzahl zusammengekürzt zu werden. Aber: Wer das entspannt-melancholische an Lou Reeds „Walk On The Wild Side“ mag, wird sich wahrscheinlich von Irving mitnehmen lassen.

Irving, John: Der letzte Sessellift. Roman – Diogenes, Zürich 2023, 1088 Seiten – Bestseller Romane

Nadia Shedaneh / Den Kapitalismus vom Sofa aus bekämpfen

Selbstverständlich lässt sich der Kapitalismus nicht, wie der Untertitel von „Anti-Girlboss“ behauptet, „vom Sofa aus bekämpfen“. Und doch hat Nadia Shedaneh nicht ganz

Foto: Makbule Keles



unrecht. Denn im ersten Schritt geht es ihr darum, sich den neoliberalen Anforderungen an Selbstoptimierung zu verweigern. Im Rückblick auf ihre gut vierzig Lebensjahre analysiert sie die Zumutungen bürgerlich-kapitalistischer Gesell-

schaften aus der Perspektive von Frauen. „Anti-Girlboss“ widerlegt so den Mythos, dass es nur auf den individuellen Leistungswillen ankäme, um sich irgendwie „nach oben“ zu strampeln. Entsolidarisierender Quatsch, meint Shedaneh. Für Linke nicht gerade eine große Neuigkeit, aber sie unterfüttert ihre Kritik mit vielen anschaulichen Alltagsbeobachtungen – und sie ist witzig dabei, Beispiel: „Seit ich gehört habe, dass Sitzen angeblich viel schädlicher ist als Rauchen, liege ich noch viel lieber auf dem Sofa herum.“

Shedaneh, Nadia: Anti-Girlboss. Den Kapitalismus vom Sofa aus bekämpfen. Ullstein, Berlin 2023, 220 Seiten, Bestseller Sachbuch (Soz 561)

... und noch ein paar Neuerwerbungen

Bestseller Roman:

Boyle, T. Coraghessan: Blue Skies. Roman. München, Hanser 2023, 400 Seiten

Grisham, John: Feinde. Roman. München, Heyne 2023, 544 Seiten

Lunde, Maja: Der Traum von einem Baum. Roman. München, btb 2023, 480 Seiten

Ruge, Eugen: Pompeji oder Die fünf Reden des Jowna. Roman. München, dtv 2023, 420 Seiten

Seethaler, Robert: Das Café ohne Namen. Roman. Berlin, Claassen 2023, 288 Seiten

Winslow, Don: City of Dreams. Thriller. Hamburg, HarperCollins 2023, 400 Seiten

Bestseller Sachbuch:

Frankopan, Peter: Zwischen Erde und Himmel. Klima – eine Menschheitsgeschichte. Berlin, Rowohlt 2023, 1023 Seiten

Fraser, Nancy: Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt. Berlin, Suhrkamp 2023, 281 Seiten

French, Howard W.: Afrika und die Entstehung der modernen Welt. Eine Globalgeschichte. Stuttgart, Klett-Cotta 2023, 508 Seiten

Garton Ash, Timothy: Europa. Eine persönliche Geschichte. München, Hanser 2023, 448 Seiten

Kemfert, Claudia: Schockwellen. Letzte Chance für sichere Energien und Frieden. Frankfurt, Campus Verlag 2023, 310 Seiten

Neumahr, Uwe: Das Schloss der Schriftsteller. Nürnberg '46 : Treffen am Abgrund. München, C.H.Beck 2023, 304 Seiten

Ritzer, Uwe: Zwischen Dürre und Flut. Deutschland vor dem Wassernotstand: Was jetzt passieren muss. München, Penguin Verlag 2023, 302 Seiten

Urban, Peter: On Air. Erinnerungen an mein Leben mit der Musik. Hamburg, Rowohlt 2023, 538 Seiten

Tour de Verkehrswende

Am **Freitag, 25. August**, macht die „Tour de Verkehrswende“ Station in Celle. Veranstalter ist „Changing Cities“, entstanden aus Radentscheiden und aktiv um Kiezblock-Initiativen & Co. In Celle unterstützen parCelle (Andreas Lechner), ADFC und VCD die Aktion. – Grober Zeitplan: Ab 15 Uhr treffen sich Celler:innen mit ADFC & VCD an den Dammaschwiesen, um ab 16 Uhr mit den Tourteilnehmer:innen an der BBS in Altenhagen startend gemeinsam durchs Hehlentor und durch die Altstadt zu radeln. Ab ca. 20 Uhr gibt es einen Vortrag zu Aktionsformaten (wahrscheinlich in Halle 13 der CDK). Am Samstag wird weitergeradelt Richtung Wolfsburg mit Bogen um die Altstadt.

Offenes Klima-Haus

Am **Sonntag, 20. August, 14:00 - 17:00 Uhr**, gibt's in der vhs-Reihe „Offenes Klima-Haus“ in Garßen etwas zu sehen zu den Themen Photovoltaik, Fenstersanierung, Wärmepumpe. Martina und Lars Hancke aus Garßen haben im vergangenen Jahr begonnen, ihr Haus energetisch zu sanieren. Alle Fenster wurden komplett gegen eine 3-fach-Verglasung ausgetauscht, was bereits eine deutliche Reduzierung des Gasverbrauchs mit sich brachte. Im April diesen Jahres wurde eine Photovoltaikanlage (9,720 kWp) mit Speicher (7,5 kWh) installiert sowie eine Wallbox für den E-Hybrid. Im Nachbarhaus lädt Holger Fidelius zeitgleich zur Besichtigung ein. Auch hier wurde eine Photovoltaikanlage mit Speicher angebracht sowie eine Wärmepumpe installiert. Über ihre Erfahrungen berichten die Hausbesitzer gern zur vollen Stunde um 14 Uhr, 15 Uhr und 16 Uhr. - Die Adresse bekommen Interessierte bei Anmeldung unter 23ACE12105.

Wärmewende

Vortrag und Diskussion mit Michael Efler vom BürgerBegehrenKlimaschutz e.V. aus Berlin und Fiete Albertin von den Stadtwerken Celle

Freitag, 08.09.2023, 18.00 Uhr, in der vhs Celle

Was bedeutet Wärmewende und warum ist sie so wichtig? Was kommt auf uns Bürgerinnen und Bürger zu? Was können wir selbst tun, um die Wärmewende zu unterstützen? Fiete Albertin, Prokurist bei den Stadtwerken Celle gibt zum einen Auskunft über den Stand der Stadt Celle bezüglich der Wärmewende, zum anderen informiert er über die Installation von Photovoltaikanlagen durch die Stadtwerke Celle. - Michael Efler informiert in seinem Vortrag über die Notwendigkeit der Wärmewende und zeigt Umsetzungsmöglichkeiten und Zeiträume auf. Er spricht für den bundesweiten Verein BürgerBegehren Klimaschutz e.V. (BBK). Anmeldung zu der gebührenfreien Veranstaltung unter 23BCE1210 bei der vhs Celle.

DAS TROJANISCHE PFERD



Stuttgart 21? Längst gelaufen...!? Nein! Es wird ein zweites S21 geplant! Denn das größte Betrugsprojekt deutscher Ingenieursgeschichte entwickelt sich nicht nur zum teuersten (20 Milliarden), sondern auch zum gefährlichsten Bahnhof aller Zeiten.

Der Film ist brandaktuell, weil ein Stuttgart 21 2.0 geplant ist, mit noch mehr Tunnels, insgesamt dann 100 km unter Stuttgart. Die Kosten insgesamt würden dann auf 20 Milliarden steigen, der Bahnhof bliebe gleichwohl ein Flaschenhals, aber weitere Millionen Tonnen CO2 würden durch die Herstellung von Stahl und Beton in die Luft geblasen. Der Brandschutz ist kriminell.

Das Projekt ist ein Trojanisches Pferd der Immobilienspekulanten, der Betonmafia und von Bahnchefs aus der Auto- und Flugzeugindustrie sowie zugleich ein Lehrstück über den realpolitischen Opportunismus' der regierenden Grünen. Trotz der Proteste hat es, medial unterstützt, eine Tunnelmanie für weitere milliardenteure Bahnprojekte ausgelöst. – Der Film endet mit immer noch möglichen Alternativen und Ausstiegsmöglichkeiten. Die Devise heißt nach wie vor: Oben bleiben!

Kino 8 ½, Mo., 04. September, 19.30, Eintritt frei



jeden letzten Freitag im Monat, 18 Uhr an der Fahrradpumpe, „Am Markt“

VCD Aktionswoche Verkehrswende 15. bis 24.9.2023 (geplant: mit dem GEHZEUG durch Celles Verkehrsberuhigte Straßen)

Sonntag(!), 24.09.2023, 15:00 Uhr, Stechbahn: Kidical Mass



Bereits zum vierten Mal findet auf dem Südheide Hof in Scharnhorst das Festival „Blues für PLAN“ statt. Dabei sind dieses Mal neben „Stars in Bars“, die auf dem Hof ihren Übungsraum haben, die Celler Bands „Ambitious Blue“ und „Odd Men Out“. Sie alle verzichten auf eine Gage, die Erlöse gehen an das Kinderhilfswerk PLAN International. Bei rund 250 Gästen lag der Reinerlös beim letzten Mal bei 1.800 Euro. Der Eintritt ist frei, für das leibliche Wohl ist (auch mit vegetarischen Angeboten) genauso gesorgt wie für Getränke fast aller Art. Das Festival am **Samstag, den 2. September**, startet pünktlich um 18 Uhr und endet gegen 22 Uhr.

„Stars in Bars“ haben unbekannte Perlen und Klassiker der Bluesmusik im Programm. Was die Band zu etwas ganz Besonderem macht, ist das Gesangs-Duo mit Heike Hennig und Lukas Sander. Die beiden loten mit viel Gefühl und ein bisschen Ironie das Band-Motto aus: „Same Old Blues Again“.

„Ambitious Blue“ (unten) haben sich als Bluesband gegründet, inzwischen aber spielen sich Rock- und Funkeinflüsse mehr und mehr nach vorne. Coverstücke



in neuem und ungewohnt knackigem Gewand stehen dabei im Mittelpunkt. Musik für alle, die sich gern ohne Scheuklappen im Bereich von Blues und Rock umhören.

„Odd Men Out“ (unten) bringen „New Psychedelic Stoner Post-Blues“ auf die Bühne: etwas Rock (eher aus den 1970ern), ein wenig Blues (eher von heute oder morgen), manchmal psychedelisch ... und gern eskalierend.



Wenn das Wetter bei diesem „Umsonst & Draußen“-Konzert mitspielt, erwartet die Besucherinnen und Besucher wieder ein wundervoller Spätsommerabend - und PLAN International hoffentlich eine großzügige finanzielle Unterstützung ihrer wichtigen Arbeit.

Malikì World Orchester

So., 10. Sept., 18 Uhr - Buntes Haus

Markus Korda war in den letzten Jahren zweimal mit seiner Band MAKATUMBE im Bunten Haus. Jetzt kommt er mit dem **Malikì World Orchestra**. Was erwartet die Besucher:innen? „Treibende Grooves treffen auf mitreißende Bläser, ein melancholisches Akkordeon tanzt mit einer temperamentvollen Stimme. Serviert wird eine bunte Mischung aus Afro und Latin Rhythmen, Balkan Beats, Gypsy Jazz, u.v.m. Melodien, die stark in ihrer Einfachheit strahlen und Herzen tief berühren, ange-reichert mit feinen Harmonien, raffinierten Arrangements und Raum für Improvisation sowie Unvorhergesehenes, all das ist die Suche nach sich im Fremden, im neuen Alten und im anderen Selbst. Songs laden, mal kraftvoll und mal lieblich, sowohl zum Tanzen als auch zum Träumen ein. Kommt mit auf die wunderbare Reise des Malikì World Orchestra!“ (so die PM der Band)

Der Eintritt ist frei bzw. Hut geht rum.

Videos gibt's hier: <https://www.malikimusic.com/>

revista Minigolf-Cup

Das Turnier wird dieses Jahr ausgespielt am Samstag, 9. September, 15 Uhr – wie immer beträgt das Charity-Startgeld für die revista 10 Euro. Wir hoffen auf das Antreten aller bisheriger Sieger:innen.



Kino 8 ½ im Aug./Sept.

Fr., 18. & Sa., 19. August, jeweils 20.30
und Mi., 23. August, 19.30

Mein fabelhaftes Verbrechen

Eine angehende Schauspielerin wird in den 1930er-Jahren bei einem Vorsprechen von einem Theaterproduzenten belästigt, der unmittelbar danach ermordet wird. Die Mitbewohnerin der jungen Aktrice, eine Anwältin, überredet sie dazu, die Tat einzugestehen und sich vor Gericht wegen Notwehr freisprechen zu lassen. Durch die öffentliche Aufmerksamkeit werden beide Frauen schlagartig bekannt, erleben aber auch unverhoffte Folgen ihres Schwindels. Eine mit viel Lust an süffisanter Übertreibung in Szene gesetzte Hommage an US-Screwball-Comedys, die temporeich und mit einem großartigen Ensemble unterhält. Die Schief lagen im Verhältnis von Männern und Frauen werden überspitzt, aber durchaus ernsthaft aufgegriffen.

Frankreich 2023 | 103 Minuten

Do., 24. August, 19.30

Ernte teilen – Anders ackern für die Zukunft

Ernte teilen erzählt die Geschichte von Landwirt:innen, die dem Wachstumszwang unseres Systems etwas entgegensetzen und aus den Strukturen der konventionellen Landwirtschaft ausbrechen. Filmemacher und Aktivist Philipp Petrich begibt sich mit dem Film auf eine Reise zu drei Solawi-initiativen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Sie verbindet ein klares Ziel: mit Hilfe von Gemeinschaften schaffen sie einen lokalen Versorgungskreislauf nach den Werten von Ökologie und Gemeinwohl. Mit Mut, Gemeinschaftssinn und einem neuen Verhältnis von Konsum und Produzent können wir die Landwirtschaft verändern. Und ein kleines Stück die Welt.

Deutschland 2023 | 83 Minuten | EINTRITT FREI

Fr., 25. & Sa., 26. August, jeweils 20.30
und Mi., 30. August, 19.30

Die Rumba-Therapie

Ein einzelgängerischer Busfahrer in den Fünfzigern beschließt nach einem Herzinfarkt, den Kontakt zu seiner Tochter zu suchen, die er zuletzt als Kind gesehen hat. Da es ihm schwerfällt, sich ihr zu offenbaren, will er an einem Kurs der Tanzlehrerin teilnehmen, muss dafür allerdings erst einmal die Grundlagen des Gesellschaftstanzes lernen. Eine sympathische, gut gespielte Komödie um den Versuch, in der zweiten Hälfte des Lebens die Fehler der ersten

auszubügeln. Die Furcht vor Ablehnung und Einsamkeit nimmt der Film ernsthaft, wenngleich auch mit satirischem Biss auf, während vor allem das Verstellungsspiel eines tanzenden Tanzverächters für originelle Pointen sorgt.

Frankreich 2022 | 103 Minuten

Fr., 01. & Sa., 02. September, jeweils 20.30
und Mi., 06. September, 19.30

Die Nebendarsteller

In einer von Filmfiguren bevölkerten Welt herrscht eine strenge Hierarchie zwischen Haupt- und Nebenfiguren sowie Outtakes, die als Entrechtete an den Rändern der Gesellschaft leben. Bis eine junge Frau, die gerade dabei ist, den Sprung zur Hauptfigur zu schaffen, auf ein dunkles Familiengeheimnis stößt und dazu die Hilfe der Ausgegrenzten in Anspruch nimmt. Das satirische Drama beschäftigt sich auf selbstreflexive Weise mit Science-Fiction-Motiven und erzählt mit beachtlichem Produktionsniveau von einer Dystopie voller Filmfiguren.

Deutschland 2022 | 124 Minuten

Mo., 04. September, 19.30

Das trojanische Pferd

Siehe Seite 25

Fr., 08. & Sa., 09. September, jeweils 20.30
und Mi., 13. September, 19.30

Im Herzen jung

Fünfzehn Jahre nach einer ersten Begegnung, die beide als schicksalhaft erfahren haben, treffen eine 70-jährige Frau und ein 45-jähriger Arzt wieder aufeinander und verlieben sich. Obwohl der Mann verheiratet ist, lassen sich beide auf eine Beziehung ein, doch eine fortschreitende Parkinson-Erkrankung stellt die junge Liebe vor Herausforderungen. Romantisches Melodram über die Kraft der Liebe und die Verletzlichkeit des Älterwerdens, zwar nicht übermäßig problematisiert, aber doch mit realistischem Blick auf Hintergründe.

Frankreich/Belgien 2021 | 114 Minuten

Do., 28. September, 19.30

Das Kombinat

Fast eine Dekade begleitet der Dokumentarfilm das Kartoffelkombinat aus München auf seinem Weg zur größten solidarischen Landwirtschaft in Deutschland. Mit dem Gemüseanbau treiben die beiden Gründer aber eine viel größere Idee voran: eine Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise zu finden. Durch verschiedene äußere Einflüsse steht das Projekt jedoch kurz vor dem Scheitern.

Deutschland 2023 | 90 Minuten

Mehr unter

www.kino-achteinhalb.de

Konzerte in und um Celle

Di., 01. August, 20.30

Vintage Dice

Kaffeegarten Sülze, Eintritt frei

Sa., 05. August, 19.30

Finn & Jonas

CDK Open-Air Bühne, Eintritt frei

Sa., 12. August, 20.00

Jam Session CRI

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

Sa., 12. August, 19.30

Kai Strobel & Grzegorz Chwaliński

CD-Kaserne, ab 20,00

So., 13. August, 17.00

Songs of Celle

CD-Kaserne, ab 15,00

Di., 15. August, 19.00

Kensington Road Acoustic Duo

Kaffeegarten Sülze, Eintritt frei

Sa., 19. August, 19.30

Jan & Tobi

CDK Open-Air Bühne, Eintritt frei

Sa. 19. August, 20.00

Mad Minor

Celle was geht, Hut geht rum

So., 20. August, 14.30

Blasorchester Salinia

CDK Open-Air Bühne, Eintritt frei

Di., 22. August, 19.00

Black Market

Kaffeegarten Sülze, Eintritt frei

Fr., 25. August, 20.00

Open Stage / CRI, Eintritt frei

Di., 29. August, 19.00

Old Customs Road

Kaffeegarten Sülze, Eintritt frei

Fr., 01. September, 19.30

Marie Diot

CDK Open-Air Bühne, Eintritt frei

Sa., 02. September, 18.00

Blues in Scharnhorst mit Ambitious Blue, Odd Men Out, Stars in Bars

Scharnhorst, Südheidhof

So., 03. September, 16.30

Big Band Celle

CD-Kaserne, ab 20,00

So., 03. September, 18.00

Marcia Bittencourt Quintett

Stadtpalais, ab 25,00

Fr., 08. September, 19.00

Neue Jazz Initiative Celle „Session“

Kunst & Bühne, Hutkasse

Sa., 09. September, 20.00

Jam Session CRI, Eintritt frei

So., 10. September, 18.00

Maliki World Orchestra

Buntes Haus, Hut geht rum

So., 10. September, 20.00

Gregor McEwan

CDK Open-Air Bühne, ab 18,60

Mi., 13. September

Eric Fish & Friends

CD-Kaserne, ab 28,50

Fr. & Sa., 15./16. September

Stadtfest // Altstadt

Sa., 16. September, 20.00

Beyond the Edge

Celle was geht, Hut geht rum

Fr. 22. September, 20.00

La Fancy & der Zwoer

Celle was geht

Fr., 29. September, 20.00

Open Stage

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

Sa., 30. September, 20.00

Sidekick

Celle was geht, Hut geht rum

Sa., 23. September, 20.00

Cat Stevens - A Tribute Show

CD-Kaserne, ab 31,25

So., 01. Oktober, 20.00

Sophie Chassée

CD-Kaserne, ab 18,60

Fr. 06. Oktober, 20.00

Was-nun-Sextett

Kunst & Bühne, 15,00

Fr., 13. Oktober, 20.00

Freedom! The Party

CD-Kaserne, ab 8,00

Sa., 14. Oktober, 20.00

Jam Session CRI

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

Fr. 13. Oktober, 20.00

pona bolamu

Mühlengrund Wienh., Eintritt frei

So., 15. Oktober, 20.00

Paul O'Brien

CD-Kaserne, ab 19,70

Sa., 21. Oktober, 20.00

Jan Jakob

Mühlengrund Wienhausen, 12,50

Fr., 27. Oktober, 20.00

Antonio Andrade Quartett

CD-Kaserne, ab ????

Fr., 27. Oktober, 20.00

Open Stage

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

Sa., 28. Oktober, 20.00

B.O.S.S.

Kunst & Bühne, ????

####

Redaktionsschluss für die #116 ist

Mittwoch, der 18. Oktober